

Holzarbeiter-Zeitung

Nr. 12
37. Jahrgang

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Berlin,
23. März 1929

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. / Der Bezugspreis beträgt monatlich 50 Pfennig. Zu beziehen durch sämtliche Postanstalten. Die Mitglieder des Verbandes erhalten die Zeitung unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kasper, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Köpenicker Park 2.
Fernruf: Amt Jannowitz 6246.

Geschäftsanzeigen werden nach Zeile berechnet. Arbeitervermittlungen 50 Pfennig die Millimeterzeile. Verbandsanzeigen 30 Pfennig die Millimeterzeile.

Der Kampf um die Steuern.

Wirtschaft und Reichshaushalt.

Von Kurt Heinig.

Die Kurve der Arbeitslosenziffer ist bis zum ersten Drittel des März noch ständig weiter nach oben gegangen, jetzt ist sie zum erstenmal seit schweren Monaten auf dem Wege nach abwärts — die Zahl der Beschäftigten, vor allem in den Außenberufen, steigt. Wie rasch sich diese Entwicklung fortsetzen wird und im besonderen wie lange, das kann heute niemand sagen. Ob wir in Deutschland im Sommer 1929 noch zwei Millionen oder eine Million Arbeitslose haben werden, steht dahin. Der Reichshaushaltsplan für 1929 ist durch die sozialen Verpflichtungen gegenüber den Arbeitslosen selbstverständlich mit belastet. Es handelt sich dabei im besonderen darum, daß aus dem ohnedies sehr knappen Kassenbestand des Reiches erhebliche Vorschüsse mittel an die Arbeitslosenversicherung gegeben werden müssen. Wir sehen schon an diesem einen Punkt, wie sehr die Wirtschaft mit dem Reichshaushalt verknüpft ist.

Der Hansa-Bund möchte die Pflicht des Reiches, dadurch für die Arbeiter und Angestellten zu sorgen, daß es die Sozialversicherung leistungsfähig erhält, in wesentlichem Umfange abstreiten. Er hat deswegen jetzt für den Reichshaushaltsplan eine umfangreiche Denkschrift veröffentlicht, die einige hundert Millionen-Mark Einsparungen bei der Sozialgesetzgebung fordert!

Der innere Grund zu diesem heute besonders aufreizend wirkenden Angriff auf die Sozialgesetzgebung liegt darin, daß Handel und Industrie sich mit allen Mitteln gegen Steuererhöhungen wehren wollen. Es ist richtig, daß der neue Reichshaushaltsplan ein so umfangreiches Defizit hat, daß nach aller Wahrscheinlichkeit nicht ohne Steuererhöhung auszukommen ist. Aber Handel und Industrie, vom Hansa-Bund bis zum Reichsverband der deutschen Industrie, versuchen bei ihrem Kampfe gegen den Reichshaushalt noch etwas mehr, als daß sie sich nur gegen neue Steuern wehren. Sie versuchen vergessen zu machen, wie die Notwendigkeit der neuen Steuern entstanden ist.

Das Defizit im derzeitigen Reichshaushaltsplan für 1929 stammt letzten Endes aus zwei Quellen. Einmal wird das Reich durch die Wiedergutmachungspflicht zunehmend belastet. Mit dem 1. September 1928 sind wir in das erste Jahr der vollen Dawesleistung eingetreten. Es sind von nun an jährlich 2,5 Milliarden Goldmark Daweslast zu tragen, wenn nicht die derzeit tagende internationale Kommission in Paris jetzt oder später durch die endgültige Festsetzung der deutschen Gesamtschuld zu geringeren Jahrespflichtleistungen kommt. Der Reichshaushalt war für 1927/28 an dieser Jahresleistung mit 500 Millionen Mark beteiligt, er ist für 1928/29 mit 1250 Millionen Mark verpflichtet. Diese Zahlungen schlagen ein gewaltiges Loch in den deutschen Haushalt. Zum anderen beruhen die Schwierigkeiten des neuen Haushaltsplanes darauf, daß die Kassenmittel des Reiches — der Kassenbestand — außerordentlich gering geworden sind. Damit hat der neugewählte Reichstag eine Erbschaft der bürgerlichen Regierung des früheren Reichstages übernommen. Der Haushalt des Vorjahres enthielt in Wirklichkeit auch schon ein großes Defizit, es ist aber durch Verausgabung wesentlicher Teile des Kassenbestandes dann doch noch ausbalanciert worden.

Diese beiden Ursachen für den jetzt mangelhaften Zustand des Reichshaushalts wollen die bürgerlichen Parteien nicht anerkennen, und wenn irgend möglich, vergessen machen. Das geschieht auf dem schon erwähnten Umwege, daß jetzt plötzlich umfangreiche Sparvorschläge gemacht werden.

Gegen umfangreiche Ersparnisse bei den Ausgaben des Deutschen Reiches ist nichts einzuwenden. Im

Gegenteil, es wäre gut, wenn es hier nicht bei den Worten der bürgerlichen Parteien bliebe, wenn sie den im besonderen von sozialdemokratischer Seite kommenden Vorschlägen zur Ausgabenkürzung zustimmen würden. Es ist nur zu befürchten, wie das ja aus den Sparvorschlägen des Hansa-Bundes schon ersichtlich ist, daß man sich über die Stellen, wo gespart werden soll, nur schwer einigen wird. Für die Vertreter der breiten Massen des Volkes gibt es unter keinen Umständen irgendwelche Einsparungen bei den sozialen und bei den kulturellen Ausgaben! Aber man kann an anderen Stellen 60 bis 100 Millionen Mark, vielleicht sogar noch etwas mehr von den beabsichtigten Ausgaben einsparen. Jeder, der sich für radikal hält, wird dazu einwenden, daß doch bei einem Zehn-Milliarden-Haushalt viel mehr gespart werden müsse und auch könne als „nur“ hundert Millionen. Diejenigen, die so sprechen, übersehen ganz, daß das Reich in weitem Umfange nur der Steuererheber für die Länder ist, daß es die Einnahmen weitergibt, und daß das Geld dann von den Ländern an die Gemeinden gegeben wird. Darüber hinaus hat das Reich eine Millardenlast an Renten und sonstigen Verpflichtungen aus dem Weltkriege, dazu kommen einige hundert Millionen Mark an Zuschüssen für die Sozialversicherung. Nicht zuletzt hat das Deutsche Reich seinen Beamten, Angestellten und Arbeitern ja auch Lohn und Gehalt zu zahlen. Werden alle diese Ausgabeposten von den 10 Milliarden Mark der Reichseinnahmen abgesetzt, dann verbleiben die sonstigen, sogenannten Sachausgaben — und an diesen muß gespart werden. Am ehesten würde zu Buche schlagen, wenn die so sparsüchtigen bürgerlichen Parteien bereit wären, z. B. die vielen Dutzende von Millionen Mark für den Panzerkreuzerbau zu sparen. Dazu sind sie aber nicht bereit. Ihre Tendenz geht dahin, der Sozialdemokratie die Verantwortung dafür aufzubürden, daß „nicht genug“ gespart werde, und daß deswegen neue Steuern notwendig werden. Mit dieser Parole will im besonderen die Volkspartei vor ihren Anhängern im Lande als die treue, aber erfolglose Hüterin einer sparsamen Reichswirtschaft erscheinen. Natürlich mit der Schlussfolgerung, daß einer so unsparbaren Regierung wie der jetzigen im Interesse des deutschen Volkes das Genick zu brechen sei...

Der Kampf um den Reichshaushalt mit dem Bürgertum wird sich angesichts dieser Tatsachen im Reichstage so abspielen, daß erst um Ersparnisse und dann um Steuern gekämpft wird. Die Steuerfeinde werden dabei jeder schärferen Erfassung etwa des Aktienbesitzes in der Steuererklärung, der industriellen Gewinne, des Vermögens mit dem Einwand zu begegnen versuchen, daß das Reich die Kapitalbildung und damit die weitere Entwicklung der Wirtschaft und zuletzt vermehrte Arbeit für die Arbeitslosen verhindere.

In Wirklichkeit liegen heute in unserer Wirtschaft aber die Verhältnisse gar nicht etwa so, daß es an Kapitalmangel, zum mindesten nicht an industriellem Kredit. Es fehlt an etwas ganz anderem, nämlich an Kaufkraft der breiten Massen.

Nach dem Wochenbericht des Instituts für Konjunkturforschung ist für die ersten beiden Monate des Jahres 1929 das Arbeitseinkommen mindestens um 100 bis 150 Millionen Mark niedriger zu veranschlagen als für die gleichen Monate des Vorjahres. Diese Kaufkraft fehlt der deutschen Wirtschaft, zumal sie im Kreislauf von der Ware zur Produktion doch nicht nur einmal als Ausgabe des Konsumenten, sondern verschiedene Male bis zum Produzenten hin fehlt. Die Produktion, die aus der Kaufkraft genährt wird, ist zurzeit nicht sehr stark, wäh-

rend die Kapitalanreicherung beim großen Privatbesitz im vergangenen Jahre ganz beachtlich gewesen ist. Dazu kommt, daß die gestiegenen Umsätze des vergangenen Jahres die durchschnittliche steuerliche Belastung der industriellen Unternehmungen ganz wesentlich gesenkt haben. Diese Tatbestände der Wirtschaft spiegeln sich in den Auseinandersetzungen des Reichstages um die Gestaltung des Haushalts 1929. Es gilt, mit fester Hand zu steuern, wenn verhindert werden soll, daß zuletzt die Steuern wieder einmal auf die breiten Massen des Volkes abgewälzt werden. Die Wirtschaft ist nicht Selbstzweck und lebt nicht um ihres Profites willen, sie hat der Allgemeinheit zu dienen. Das muß auch durch die Gestaltung des Reichshaushalts 1929 deutlich zum Ausdruck kommen.

Die Tariffähigkeit gelber Wertvereine.

Man macht in neuerer Zeit öfters die Beobachtung, daß sich das Reichsarbeitsgericht in bewußten Gegensatz zum Reichsarbeitsministerium stellt. Besonders augenfällig war das bei der Entscheidung in Sachen der Aussperrung in der nordwestdeutschen Eisenindustrie. Dort hat das Reichsarbeitsgericht seine Entscheidung nicht auf die Behauptung gestützt, daß der Schiedspruch mit der Stimme des Schlichters allein gefällt wurde, aber es hat sich trotzdem sehr eingehend mit diesem Argument beschäftigt und festgestellt, daß die Ausführungsverordnung des Reichsarbeitsministers zur Schlichtungsverordnung ungesetzlich sei.

Hilflich ist es mit der Frage der Tariffähigkeit gelber Wertvereine: Das Reichsarbeitsministerium hat darüber ganz eindeutige Bestimmungen erlassen, wonach auf Arbeiterseite nur Gewerkschaften tariffähig sind. Das Reichsarbeitsgericht hat aber schon wiederholt in seinen Entscheidungen erkennen lassen, daß es geneigt ist, den gelben Wertvereinen die Tariffähigkeit zuzuerkennen. So in dem Urteil vom 10. Oktober 1928 (144/28), wo es ausführt, daß Vereinigungen nicht deshalb grundsätzlich als nicht tariffähig anzusehen sind, weil die Mitgliedschaft bei ihnen die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Werk zur Voraussetzung hat. Es hänge vielmehr von den Umständen des einzelnen Falles ab, „ob eine solche Gefahr als in solchem Maße bestehend anzunehmen ist, daß die notwendige Selbständigkeit und Unabhängigkeit, um die Interessen der Mitglieder in bezug auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen mit der zur Herbeiführung von Tarifverträgen nötigen Festigkeit vertreten und wirksam fördern zu können, nicht mehr gegeben erscheint“.

Inzwischen ist das Reichsarbeitsgericht einen Schritt weiter gegangen. Es handelt sich um die Firma Wiefing in Gütersloh, die etwa 100 bis 120 Arbeiter beschäftigt, die zum größten Teil einem Wertverein angehören. Mit diesem Wertverein schloß die Firma einen Tarifvertrag ab, der die Arbeitszeit auf 54 Stunden festsetzt und die Anordnung von Mehrarbeit bis zu 10 Stunden pro Tag zuläßt. Dagegen schritt das Gewerbeaufsichtsamt ein und machte die Firma aufmerksam, daß der Wertverein nicht tariffähig sei. Die Firma fügte sich und anerkannte den von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifvertrag.

Aber die Gelben fühlten sich geschädigt. Sie behaupteten, ihnen sei durch die Ungültigkeitserklärung ihres sogenannten Tarifvertrages ein Schaden von 600 Mk. wöchentlich entstanden. Sie erhoben Feststellungslage auf Gültigkeit ihres Vertrages. Offenbar fanden sie hierbei die freundliche Unterstützung der Unternehmer. Jedenfalls ist es auffällig, daß ihre Klage vor dem Reichsarbeitsgericht vom Rechtsanwalt Dr. Wiefinger vertreten wurde, dem früheren Syndikus der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände, der zu dieser Organisation immer noch sehr gute Beziehungen unterhält.

Das Arbeitsgericht Viesfeld wies die Klage der Gelben ab. Vor dem Landesarbeitsgericht Viesfeld hatten sie mehr Glück. Das Arbeitsgericht hatte bei den klagenden Gelben bemängelt, daß ihnen „die bis zur finanziellen Kampffähigkeit gesteigerte Selbständigkeit fehlt“. Das Landesarbeitsgericht aber sagte, darauf käme es gar nicht an. Es sei nicht angängig, „die zur Tariffähigkeit gewiß erforderliche Selbständigkeit und Unabhängigkeit der klagenden Wertgemeinschaft mit dem Erfordernis ihrer vollen finanziellen Kampfkraft zur Durchführung eines längeren Arbeitskampfes zu identifizieren“. Aus dem geltenden Tarifrecht lasse sich das Erfordernis voller finanzieller Kampfkraft der Wertgemeinschaft als notwendige Voraussetzung der Tariffähigkeit nicht ohne weiteres her-

leiten. Dementsprechend erklärte das Landesarbeitsgericht den gelben Werkverein für tariffähig.

Der hervorragende Arbeitsrechtler Professor Ripperden beginnt eine Besprechung dieses Urteils mit den Worten: „Das Urteil ist nicht zutreffend. Die Arbeitnehmervereinigung ist nicht tariffähig. Der Tarifvertrag kann nicht als Tarifvertrag im Sinne der Tarifverordnung angesehen werden.“

Das Reichsarbeitsgericht ist aber anderer Meinung. Da es sich um einen Prozeß im Interesse der Unternehmer handelte, gab der Firmeninhaber in Ultersloh durch Einlegung der Revision dem Reichsarbeitsgericht die Gelegenheit, seiner Sympathie mit den Gelben vollen Ausdruck zu verleihen.

„Der Tarifvertrag ist rechtsgültig. Die Auffassung des Landesarbeitsgerichts Viefelfeld entspricht der des Reichsarbeitsgerichts. Werkvereine sind tariffähige Vereinigungen und damit parteifähige wirtschaftliche Verbände, unter der Voraussetzung, daß sie nur aus Arbeitnehmern bestehen und sich die Aufgabe gestellt haben, die Interessen der Arbeitnehmer gegenüber den Interessen der Arbeitgeber zu vertreten und zu wahren.“

Die Bedeutung dieser Entscheidung liegt auf der Hand. Sie richtet sich gegen den Tarifvertrag. Man beachte den Ausgangspunkt dieses Prozesses. Der Unternehmer hat mit seinen Gelben einen Tarifvertrag abgeschlossen, durch welchen die Arbeitszeit über das gesetzliche Maß hinaus verlängert wird, entgegen dem für den gleichen Ort geltenden Tarifvertrag, der mit der zuständigen Gewerkschaft abgeschlossen wurde.

Es ist nicht notwendig, diesen Gedanken fortzuspinnen, die kurze Andeutung mag genügen. Die Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts ist richtunggebend für die unteren Organe der Arbeitsgerichtsbarkeit. Deshalb muß mit allem Nachdruck verlangt werden, daß dem vom höchsten Arbeitsgericht begünstigten Unfug durch die Gesetzgebung ein kräftiger Riegel vorgelegt wird.

Betriebsstilllegung und Entlassungsschutz.

Wiederholt haben sich die Gewerkschaftspressen und die arbeitsrechtliche Literatur in den letzten Jahren mit Gerichtsurteilen beschäftigt müssen, die in Streitfällen bei Betriebsstilllegungen und über den Entlassungsschutz der Belegschaft ergangen waren.

Nun ist der Entlassungsschutz, wie er in den §§ 84 und 96 des Betriebsrätegesetzes enthalten ist, der für die Arbeiter wesentliche Bestandteil des Gesetzes selbst. Ohne diesen Entlassungsschutz würde das Gesetz ganz erheblich an Wert für die Arbeiterschaft verlieren.

Von der Anwendung dieses Mittels macht man namentlich in Zeiten rückläufiger Konjunktur Gebrauch. Die angelegte Betriebsstilllegung wird bei der zuständigen Behörde angezeigt und kann demnach nach Ablauf der vierwöchigen Sperrfrist ohne weiteres erfolgen.

Leider folgen aber nicht alle Gerichte dieser Entscheidung des obersten Gerichts, und groß ist immer noch die Anzahl der Fälle, in denen die Betriebsstilllegung ohne Rücksicht auf ihre Dauer als eine vom Betriebsrätegesetz losgelöste Handlung angesehen wird.

Die aus 36 Köpfen bestehende Belegschaft einer Weißmöbelfabrik im Odenwald wurde seit Jahren untertarifflich entlohnt. Die Differenz zwischen dem gezahlten Lohn und dem für allgemeinverbindlich erklärten Tariflohn war ganz erheblich.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im Februar 1929.

Die Konjunktur hat im Februar eine weitere Abschwächung erfahren. Welchen Anteil die ungünstigen Witterungsverhältnisse daran haben, läßt sich nicht einwandfrei feststellen. Aber Tatsache ist, daß verschiedene Betriebe zur Kurzarbeit übergehen oder ganz stillgelegt werden mußten.

Der Möbelindustrie: 286 Einstellungen stehen 1078 Entlassungen gegenüber. In der Bleistiftindustrie sind nur Entlassungen zu verzeichnen. Einige Industriegruppen haben mehr Einstellungen als Entlassungen aufzuweisen, so unter anderem die Risten- und Packfabrikindustrie, Bürsten- und Pinselindustrie, Waggonindustrie und die Werften.

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat Februar 1929.

Table with 15 columns: Berufsgruppe, Beschäftigte, Entlassene, etc. Rows include Möbel, Innenausbau, Weißer Möbel, etc.

Arbeitslosen 26,2 (Januar 29,7) auf Betriebe mit gutem Geschäftsgang, 37,9 (43,4) auf Betriebe mit befriedigendem Geschäftsgang und 35,9 (26,9) auf Betriebe mit schlechtem Geschäftsgang.

5587 Arbeitern. Dann folgt die Möbelindustrie mit 45 Betrieben und 4866 Arbeitern. Die Zahl der stillgelegten Betriebe stieg von 6 mit 722 Arbeitern im Januar auf 26 mit 1887 Arbeitern.

Von der Erhebung über die Arbeitslosigkeit wurden 1154 Verwaltungsstellen mit 308 201 Mitgliedern erfaßt. Davon waren 72 706 gleich 23,59 Prozent arbeitslos; im Januar waren es 19,71 Prozent.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende Februar 1929.

Table with 12 columns: Gau, Berichteten, Arbeitslose, etc. Rows include Ostpreußen, Stettin, Breslau, etc.

von den Arbeitern wurde in das Bureau gerufen und ihm ein Schriftstück zur Unterzeichnung vorgelegt, mittels derer der Verzicht auf Zahlung des Tariflohnes und die Zurücknahme der Leistungslage ausgesprochen werden sollten. Gleichzeitig wurde erklärt, daß im Falle der Unterzeichnung durch die gesamte Belegschaft der Betrieb nicht geschlossen würde.

Wie das nun leider infolge der wirtschaftlichen Abhängigkeit in kleinen ländlichen Orten ist: 19 von den beschäftigten Arbeitern fielen um, die anderen 17 beharrten auf Zahlung des Tariflohnes und Durchführung der Klage. Nach Ablauf der Sperrfrist wurden diese 17 Arbeiter, darunter die Mitglieder des Betriebsrates, entlassen, die restlichen 19 Arbeiter wurden weiterbeschäftigt und waren auch nach Ablauf eines weiteren Vierteljahres noch im Betrieb. Die Entlassenen erhoben Einspruch und nach erfolgter Abweisung durch die Firmenleitung Klage am Arbeitsgericht. Die belangte Firmenleitung machte im Termin geltend, daß sie nur die Abteilung Lackiererei mit 7 Arbeitern — diese Arbeiter hatten sämtlich auf die Zahlung des Tariflohnes verzichtet — voll weiterführe, die restlichen 12 Arbeiter seien in der Schreinerei, im Maschinenaal und im Sägewerk mit Aufbaumarbeiten und dem Fertigmachen angefangener Möbel beschäftigt, neue Arbeiten seien nicht in Angriff genommen worden. Obwohl die vernommenen Zeugen durch ihre Aussage den Einspruch der entlassenen Arbeiter stützten und selbst für den entlassenen Maschinisten eine neue Kraft eingestellt war, kam das Arbeitsgericht mit einer sehr kurzen Begründung zur Abweisung der Klage. Die Tatsache, daß 12 Arbeiter gleicher Berufsstellung wie die entlassenen Arbeiter weiterbeschäftigt wurden, galt dem Gericht nichts, man sah die Arbeiten als Nebenarbeiten an und folgerte, der Betrieb sei stillgelegt worden. Eine sehr eigenartige Betriebsstilllegung, wenn nahezu 40 Prozent der Belegschaftsmitglieder in den Abteilungen der zur Entlassung gekommenen Arbeiter weiterbeschäftigt werden!

Man durfte hoffen, am Landesarbeitsgericht eine Korrektur des Urteils erster Instanz zu erzielen. Leider blieb aber der Berufung der Erfolg verweigert. Die Gründe, aus denen heraus das Landesarbeitsgericht zu einer Verwerfung der Berufung kommt, sind so interessant, daß darüber einige Bemerkungen gemacht werden müssen.

Das Gericht stützt die Verwerfung der Berufung zunächst darauf, daß, soweit die Klage auf Grund des § 84 des BRG. erhoben worden ist, die vorgesehenen Fristen bei der Einspruchs- und Klageerhebung nicht gewahrt worden seien. Zu dieser Auffassung konnte das Gericht nur kommen, indem es die Fristen vom Tage der Stilllegungsanzeige an in Lauf setzte. Nach den Bestimmungen des BRG. scheidet aber im Falle einer Betriebsstilllegung die Einspruchsmöglichkeit aus, und die Arbeiter mußten nach Erstattung der Stilllegungsanzeige annehmen, daß der Betrieb nach Ablauf der vierwöchigen Frist tatsächlich zum Erliegen kommen würde. Erst nachdem erkennbar war, daß die Firma den Betrieb nicht stilllegte, konnte der Einspruch gegen die Entlassung geltend gemacht und die Fristen können mithin auch erst von diesem Zeitpunkt an in Lauf gesetzt werden. Nach der Entscheidung des Landesarbeitsgerichts Darmstadt müßte also in jedem Falle, auch bei tatsächlich beabsichtigter Stilllegung des Betriebes, der Einspruch sofort nach Erstattung der behördlichen Anzeige erhoben werden.

Das Gericht mißt aber zugleich seinem nach dieser Richtung eingennommene Rechtsstandpunkt keine durchschlagende Bedeutung bei, denn es kommt auch in der Klage der Betriebsratsmitglieder, für welche im Falle der Entlassung die Fristen doch nicht gelten, zu einer Abweisung der Klage. Die Begründung dafür ist eine starke Verletzung des Rechtsgedankens, von dem der Gesetzgeber hinsichtlich des Entlassungsschutzes der Betriebsratsmitglieder ausgegangen ist. Es wird zugegeben, daß „das vom Gesetz geschützte Interesse der Belegschaft an der Beibehaltung ihrer Vertreter mitbetroffen“ wird, im „vorliegenden Falle ist jedoch das Interesse der Firma, sich lebensfähig zu erhalten, als überwiegend und ausschließend anzuerkennen“. Die Folgerung daraus ist: Der Betriebsrat hat zwar über die Innehaltung bestehender Tarifverträge zu wachen, schließt er sich aber der Meinung der Firmenleitung, daß sie die Tariflöhne nicht zahlen könne, nicht an, dann „überwiegt das Interesse der Firma“, und sie hat das Recht, den Betriebsrat zu entlassen.

Es wird dann weiter im Urteil festgestellt, daß der Betrieb keine 20 Arbeiter mehr beschäftige, es sei nach dem Hinauswurf der Betriebsratsmitglieder ein Obmann gewählt worden, und die Sache ginge mithin in Ordnung. Vollständig daneben geht die Begründung, daß zwar „die Kläger, als sie wiederholt den Lohnunterschied einklagten, von ihrem gesetzlichen Recht Gebrauch machten, das Tarifrecht verpflichte jedoch die Beklagte nicht, die Arbeitnehmer zu diesen Lohnsätzen weiterzubeschäftigen und ihren Betrieb angesichts des dann unabwendbaren Zusammenbruchs fortzuführen“. Das Gericht mißt sich damit ein Urteil an, das ihm nach dem BRG. gar nicht zusteht, wenn es sich um den Entlassungsschutz gemäß § 84 und 98 des Gesetzes handelt. Wenn in der Leitung, Organisation und Technik eines Betriebes etwas faul ist, so erachtet es das Gericht für angezeigt, dieses Manko durch Lohnsenkung auszugleichen, und die Belegschaftsmitglieder, die sich hiergegen wehren, können nicht damit rechnen, daß ihnen der Entlassungsschutz zur Seite steht.

Die Begründung des Darmstädter Urteils „... die Folgerungen, die man aus dieser ziehen muß, eröffnen gefährliche Perspektiven, und die Arbeiterschaft hat alle Ursache, wachsam zu sein, damit ihre Rechte aus dem Betriebsratsgesetz von den Gerichten nicht zertrümmert werden.“

Ein kommunistischer Schimpfbold.

List und Schlaueit hat Lenin einst seinen Jüngern empfohlen zu dem Zweck, in die Gewerkschaften einzudringen, um sie zu kommunistischen Zwecken zu erobern. Der Redaktion der in München erscheinenden kommunistischen „Neuen Zeitung“ kann man wohl das Zeugnis ausstellen, daß sie gesinnungstüchtig schimpfen kann, aber von List und Schlaueit ist bei ihr nichts zu entdecken, um so mehr von dem Gegenteil dieser Eigenschaften.

Uns wird die Nummer vom 5. März dieses Blattes zugesandt, in welchem in großer Aufmachung „eine unverschämte Fälschung der „Holzarbeiter-Zeitung“ behandelt wird. Diese Fälschung soll in dem Zeitartikel der Nr. 9 unserer Zeitung begangen sein, in dem wir unter der Überschrift „Russischer Imperialismus und deutsche Gewerkschaften“ die von Losowsky entworfenen Richtlinien zur kommunistischen Streikstrategie einer Besprechung unterzogen haben. Schon das unserm Artikel vorausgeschickte Motto sei eine Fälschung. Der berühmte Abgeordnete Daugenberg habe nicht gerufen: „Die Unorganisierten sind zehnmal besser als die Organisierten.“ Nach dem Stenogramm des Reichstages habe der Zwischenruf gelautet: „Die Unorganisierten sind zehnmal besser als die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbureaucraten, die längst den Boden des Klassenkampfes verloren haben.“

Wir haben den Zwischenruf nach Berichten in der Tagespresse zitiert, die auf Ohrenzeugen zurückgehen. Es ist möglich, daß im Stenogramm des Reichstages die Worte anders lauten. Dabei lassen wir es dahingestellt, ob der Daugenberg seinen Zwischenruf allein oder mit fremder Hilfe korrigiert hat. Der Unterschied zwischen den beiden Besarten ist nicht sehr groß, und des Daugenberg Ruhm wird durch die Korrektur nicht geschmälert.

Nun zu der angeblichen Fälschung von Losowskys Richtlinien. Uns ist das Dokument von vertrauenswürdiger Seite zugegangen in einer Aufmachung, die erkennen läßt, daß es der Verfasser nicht für die Gewerkschaftspresse bestimmt hat. Hätte das kommunistische Blatt das Ganze als eine Fälschung erklärt, dann wäre uns vielleicht der Gegenbeweis schwergefallen. Aber dazu reichte die Schlaueit der „Neuen Zeitung“ nicht aus. In ihrer Naivität plaudert sie aus, was wir vorher nicht mußten, daß Losowsky seine Richtlinien einer Konferenz der Roten Gewerkschaftsinternationale vorgelegt hat, die vom 19. bis 21. Januar 1929 über „Fragen der Streikstrategie in der gegenwärtigen Periode“ diskutierte.

Das uns zugegangene Dokument ist uns durch die Holprigkeit der Sprache aufgefallen. Sein Verfasser beherrscht die deutsche Sprache offenbar nur mangelhaft. Aus dem Umstand, daß der Schimpfbold in der „Neuen Zeitung“ zum Beweise für unsere „unverschämte und gemeine Fälschung“ den richtigen Wortlaut unserer angeblichen Fälschungen gegenüberstellt, wird der Zusammenhang der Dinge für jeden Menschen mit normalen Sinnen klar. Nur der Schlaule in der „Neuen Zeitung“ ist nicht dahintergekommen. Losowsky hat der erwähnten Konferenz einen Entwurf vorgelegt. Dieser Entwurf ist grundsätzlich angenommen worden. Man hat ihn aber redaktionell ein wenig geändert und das Ganze stilistisch gefeilt. Das Ergebnis war die Resolution, die von der Konferenz beschlossen wurde. In dieser Fassung wurde das Dokument an die kommunistische Presse versandt.

Während die übrigen kommunistischen Zeitungen erkannten, daß es sich um eine Sache handelt, die man tut, von der man aber nicht spricht, und bestenfalls mit einigen verlegenen Bemerkungen über unseren Artikel hin-

weggingen, konnte der Mann in der „Neuen Zeitung“ das Wasser nicht halten. Er poltert darauf los und setzt unseren angeblichen „Fälschungen“ den „richtigen Wortlaut“ gegenüber. Oder anders ausgedrückt, er zeigt, welche redaktionellen Änderungen Losowskys Entwurf erfahren hat. Dabei geht er abgahweise vor, und er erlangt dadurch die Möglichkeit, sein Gift recht oft zu verspritzen.

Wir haben natürlich keine Veranlassung, unseren Lesern die endgültige Fassung der angenommenen Entschliessung vorzuenthalten. In der Mitte der zweiten Spalte unserer Veröffentlichung haben wir ein Stück aus Losowskys Entwurf zitiert, beginnend mit den Worten: „Das Streikkomitee muß den Kampf führen...“ Dieser Teil des Entwurfs ist nach der „Neuen Zeitung“ in der folgenden Fassung beschlossen worden:

„Die Streikleitung muß den Kampf führen, in Verhandlungen eintreten, eventuell Abkommen unterzeichnen, wobei von vornherein zu erklären ist, daß alle von der reformistischen Bureaucratie hinter dem Rücken der kämpfenden abgeschlossenen Abmachungen für die Arbeiterschaft nicht verbindlich sind.“

Die Streikleitung hat zur Aufgabe, mit allen Mitteln den Kampf um die Verwirklichung der von den Arbeitern gestellten Forderungen zu führen; der Erfolg des Kampfes wird davon abhängen, inwieweit es der Streikleitung gelingt, den Einfluß der reformistischen Bureaucraten aus dem Betrieb zu verdrängen und die Leitung der Streiks seinen Händen zu entreißen.

Die Streikleitung muß die Tätigkeit der Gewerkschaftsbureaucratie aufmerksam verfolgen, im Fall von Verhandlungen und Machinationen hinter den Kulissen Demonstrationen vor dem Verbandshaus veranstalten, Versammlungen der Organisierten und Unorganisierten einberufen, die Abhebung der reaktionären Gewerkschaftsbureaucratie verlangen, Geld sammeln und allen Streikenden zu Hilfe kommen und das Vertrauen, besonders der Massen sozialdemokratischer und christlicher Arbeiter, zu der reformistischen bzw. christlichen Gewerkschaftsbureaucratie systematisch untergraben.“

An der Spitze der dritten Spalte in unserem Artikel sind zwei Absätze des Entwurfs zitiert. Jetzt wissen wir, daß der zweite Absatz gestrichen wurde und der erste die folgende Fassung erhielt:

„Gerade in Zeiten großer Kämpfe müssen alle Organe der Partei, der Gewerkschaftsopposition und der revolutionären Verbände mit der größten Intensität arbeiten und immer neue Arbeitererschichten in den aktiven Kampf gegen das reformistische Streikbrechertum hineinziehen.“

Schließlich sind auch die beiden folgenden von uns zitierten Absätze des Entwurfs umredigiert worden. Sie haben dabei die folgende Fassung erhalten:

„Sobald in einem Industriezweig ein Konflikt heraufreißt, sind die besten Kräfte nach dem Schauplatz des Kampfes zu dirigieren.“

Die gesamte Agitation und Propaganda ist entsprechend der Wichtigkeit und Bedeutung des Konfliktes einzustellen.“

Das ist also die „unverschämte und gemeine Fälschung“, die uns zum Vorwurf gemacht wird. Der Inhalt des von Losowsky vorgelegten Entwurfs hat durch die redaktionelle Umarbeitung keine Änderung erfahren, wir haben deshalb zu unseren Bemerkungen hierüber nichts weiter hinzuzufügen. Wir begnügen uns, die „Neue Zeitung“ zu ihrem Mitarbeiter zu beglückwünschen. Sie möge ihm nur recht viel Raum zur Verfügung stellen. Das Pulver hat er zwar nicht erfunden, aber er kann recht gut schimpfen, und für die Abonnenten der „Neuen Zeitung“ ist die Leistungsfähigkeit auf diesem Gebiet offenbar besonders wertvoll.

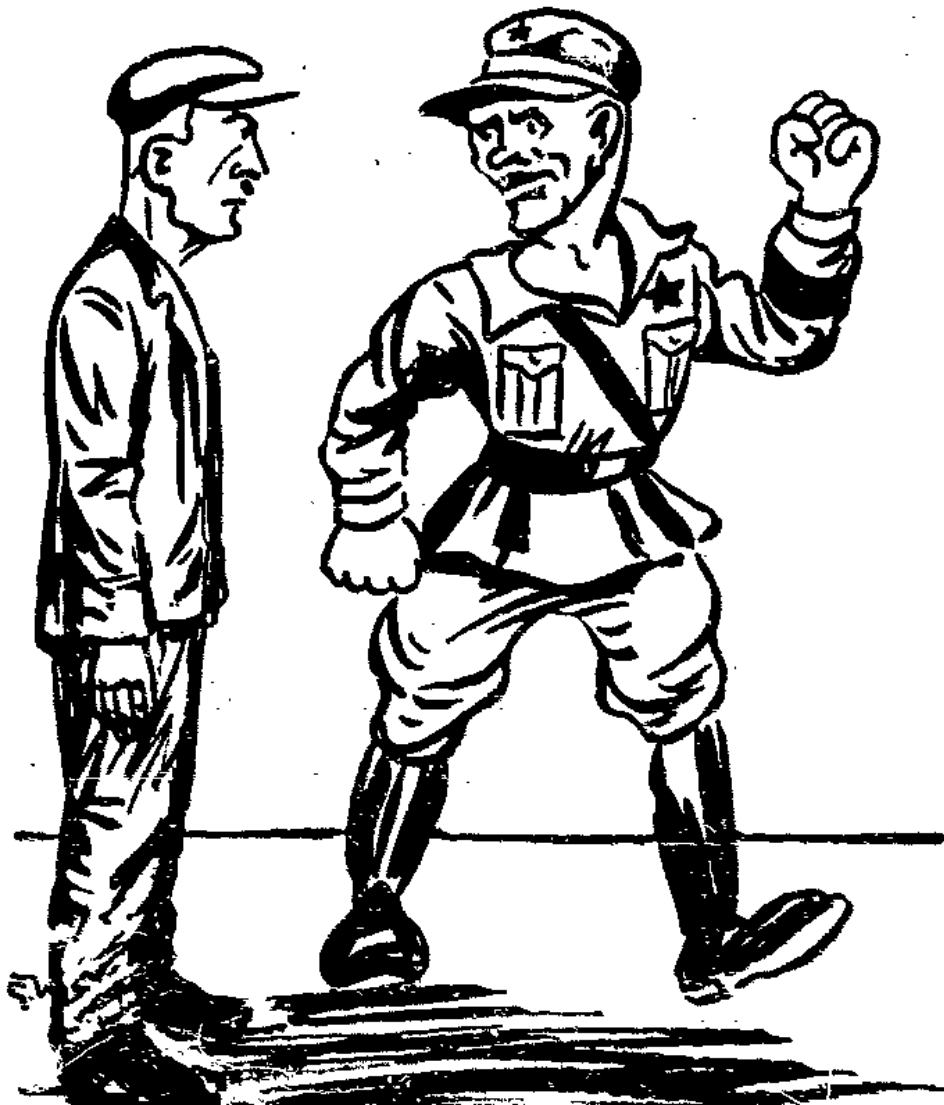
Direktorengelälter und Arbeiterlöhne.

Genaue Angaben über die Gehälter der Direktoren größerer industrieller Werke sind selten zu erlangen. Diese Posten werden meist sorgfältig in den Mantel des Geheimnisses gehüllt. Wo man hinter die Kulissen blicken kann, erstaunt man mitunter zu erfahren, daß selbst in Werken, die nicht einmal übermäßig groß sind, an die Direktoren Gehälter gezahlt werden, die selbst die Bezüge der höchsten Reichsbeamten um ein Mehrfaches übersteigen. Selbst wenn man anerkennt, daß eine tüchtige Leitung für den Ertrag eines Werkes von großer Bedeutung ist, wird man zugeben müssen, daß die märchenhaften Direktorengelälter sachlich nicht gerechtfertigt sind. Selbst bei der größten Tüchtigkeit der Direktoren wirkt es wie offener Hohn, wenn deren Leistung gehaltlich so bewertet wird wie die Arbeit der gesamten Belegschaft eines Werkes.

Über einen solchen Fall berichtet der „Deutsche“ aus der mitteldeutschen Zuderindustrie. Dort hat der Arbeitgeberverband das Lohnabkommen gekündigt, um die Löhne zu reduzieren. In der Zuderindustrie beträgt der Stundenlohn 67 Pf. Unter Einrechnung von Überstunden und Berücksichtigung des niedrigen Frauenlohnes wird der durchschnittliche Wochenverdienst auf 32,50 Mk. geschätzt. Von einem der in Betracht kommenden Betriebe, der Bodezuckerfabrik, ist bekanntgeworden, daß ihre beiden Direktoren zusammen etwa 150 000 Mk. Jahresgehalt beziehen. Diese Zuderfabrik beschäftigt rund 60 Mann, während der zehnwöchigen Kampagne kommen dazu noch etwa 150 Männer und Frauen. Bei den angegebenen Löhnen ergibt sich eine Jahreslohnsomme von 150 150 Mk., der zwei Direktorengelälter in ziemlich der gleichen Höhe gegenüberstehen. Um den Gewinn zu steigern, will man nicht etwa die Direktorengelälter kürzen, sondern die Löhne abbauen.

Nicht überall ist das Verhältnis zwischen dem Direktorengelhalt und den Arbeiterlöhnen eines Betriebes so kraß wie in diesem Fall; andererseits sind auch die Direktorengelälter vielfach weit höher als hier. Jahresbeträge von mehreren hunderttausend Mark sind keine Seltenheit. Aber das hindert nicht, über die Begehrlichkeit der Arbeiter zu jektorn.

Kommunistische Gewerkschaftsarbeit.



Der „Reformist“: „Kollege, die Unternehmer haben unsere Forderungen abgelehnt. Was...“

Der „Revolutionär“: „Keine Zeit, die Partei ruft mich zum Kampf gegen die Gewerkschaften.“



Aus dem Verbandsleben



Fortgang der Vertragsverhandlungen

In ihrer Dresdener Tagung vom 13. bis 15. März vermachte die Verhandlungskommission zur Schaffung eines Mantelvertrages für das deutsche Holzgewerbe ihr Werk nur wenig zu fördern. Die ersten positiven Ergebnisse wurden, wie berichtet, in der vorigen Tagung erzielt. Sie betreffen die Vertragsbestimmungen, welche die Voraussetzung für die Tätigkeit der bezirklichen Vertragsparteien zur Schaffung einer Ortsklasseneinteilung bilden. In der letzten Tagung verabschiedete die Verhandlungskommission die Teile des Mantelvertrages, die sich auf Einstellung und Entlassung, auf Lohnzahlung, Betriebsvertretung und das Kapitel „Allgemeines“ beziehen. Das sind eine ganze Reihe von Paragraphen, aber sie betreffen die Vertragskapitel, bei denen die Ansichten der Parteien von vornherein nicht sehr weit auseinandergehen. Bei den wichtigen grundsätzlichen Fragen, von denen diesmal nur einige in den Bereich der Erörterungen gezogen wurden, konnte trotz beiderseitigen lebhaften Bemühungen kein Fortschritt erzielt werden. Die Verhandlungen wurden bis zum 25. März vertagt, doch läßt sich voraussehen, daß mit einem Abschluß der Beratungen vor Ostern nicht zu rechnen ist.

Zwei Tage eines Vertrauensmannes.

„Vertrauensmann werden ist nicht schwer, Vertrauensmann sein dagegen sehr!“

Die Wahrheit dieser Worte ist unbestreitbar. Der Vertrauensmann im Betriebe ist nicht nur die Klippe, gegen die die Brandung der Meinungen und Anschauungen anstürmt, sondern auch die lebende Auskunftsquelle, von der man verlangt, daß sie alles wissen müßte. Unsere Vertrauensleute müssen deshalb besitzen: Ein starkes Fundament unter den Füßen und die Fähigkeit, allen an sie herantretenden Wünschen nach Möglichkeit gerecht zu werden.

Das Fundament ist Überzeugungstreue und die Fähigkeit, Bescheid zu wissen in allen Lebensfragen. Wie notwendig das ist, hat die Praxis bewiesen. Der Vertrauensmann soll seine Mitkollegen an geistiger Regsamkeit und Solidaritätsgefühl überragen. Er soll sie verstehen und auf ihre Sorgen und Nöte einzugehen wissen. Das kann er aber nur, wenn er die notwendigen Vorbedingungen dazu besitzt: **U b e r z e u g u n g s t r e u e u n d W i s s e n!**

Überzeugungstreue ist schon vorhanden, aber Wissen ist teuer. Woher holt er sich das? — Nachfolgend zwei kurze Tage aus der Tätigkeit eines solchen Vertrauensmannes. Was von ihm verlangt wird und wie er den Anforderungen gerecht wird!

Montags im Betrieb. Mittagspause. Vertrauensmann Jakob hat seine Maschine abgestellt und geht zum Chraun. Einige Minuten Ausspannung, denkt er, dann wieder ran. Seine Kollegen Adolf, Josef und Ernst lassen sich neben ihm nieder.

„Sag, Jakob,“ heßt Josef an, „du weißt, daß es mir hier nicht mehr gefällt. Ich will ins Ausland. Nach Amerika oder Australien. Englisch kann ich. Gib mir bitte einen Rat, an wen ich mich wenden soll.“

„Weiß schon, daß du Auswanderungsgelüste hast. Geh nach Feierabend ins Verbandsbureau und bitte um schriftlichen Antrag beim Landesarbeitsamt. Die werden dir dann schon eine Auskunft geben. Lasse dich vorher auf keine andere Vermittlung ein.“

„Mein Junge kommt Ostern aus der Schule,“ sagt Ernst, „ich möchte ihn gerne bei einem Mechaniker in die Lehre geben.“

„Lasse ihn vorher ärztlich untersuchen, Ernst, ob er auch für diesen Beruf tauglich ist. Geh dann mit ihm zur Berufsberatungstelle im Arbeitsamt. Bevor du aber den Lehrvertrag unterzeichnest, lege ihn zur Vorsicht auf dem Verbandsbureau vor.“

„Und ich, Jakob, möchte gerne wissen, wie das ist mit den Arbeitsämtern bei Streiks und Aussperrungen?“

Jakob langt eine Broschüre vom Regal und reicht sie dem Fragesteller Adolf.

„Hier lies auf Seite 27 die Abhandlung über „Arbeitsvermittlung und Berufsberatung“ durch, dann wirst du Bescheid wissen. Ich bekomme sonst nicht meine Stullen runter.“

Adolf liebt interessiert. In der Ecke erscheint das suchende Gesicht des Kollegen Fritz.

„Hi Jakob, dich habe ich sehnsüchtig. Ich habe eine kleine Frage. Sei bitte nicht böse und höre zu. Wir zahlen doch durch die Arbeitslosenversicherung, nicht wahr. Mein Schwager hat Arbeitslosengeld bekommen. Wie lange dauert nun die Anwartschaft auf Unterstützung? Wie lange währt die Unterstützung? Wie ist das mit der Krisenfürsorge? Wie ist das mit der Jubiläumsversicherung Arbeitsloser? Gibt es auch Kurzarbeiterunterstützung? Wer bringt die Mittel für diese Unterstützungen auf?“

„Junge, habe ein, dir schlägt sonst die Junge doppelt. Ich habe jetzt auch Mittagspause. Warum gehst du nicht zum Verbandsbureau?“

„Ach was, immer zum Bureau. Warum bist du denn unser Vertrauensmann?“

„Nun, Junge, nicht murren. Nimm dir mal da oben die Broschüre 8 von meinem Regal, „Ratgeber für die Arbeitslosenversicherung“, und lies dir die rot angezeichneten Stellen durch, dann ist dein Wissensdurst gestillt.“

„Danke dir, alter Brummbär.“

„D weh, Jakob hat schlechte Laune, und ich müßte noch etwas unbedingt von ihm wissen.“

„Was gibt es denn???“ —

Tiiiiiiiiiiii — — — — — Die Fabrikfirene. Vertrauensmann Jakob rafft seine Hefte zusammen. Das Stullenpapier in den Korb.

„Danke auch, Jakob, für deine Freundlichkeit.“



Louis Rarkart. Zwei alte und bewährte Mitglieder der Verwaltungsstelle Weimar. Rarkart ist Mitglied der Fachvereins der Tischler im Jahre 1879 und Lemke Mitglied der Verwaltungsstelle Weimar im Jahre 1885.



„Ist nichts, Jungens, dafür bin ich ja euer Vertrauensmann.“

„Sststststststst!!! Maschinenschwimmen. Räderlaufen. Ein Tag wie der andere. Eine Pause wie die andere. Fragen und Fragen. Der Vertrauensmann antwortet bereitwilligst. Dafür ist er ja auch „ihr“ Vertrauensmann!“

Freitag. Lohnstag. Feierabend. Für den Vertrauensmann beginnt nun die Haupttätigkeit. Hauskassierung der Verbandsbeiträge. Weil viele Proleten und Proletarierfrauen nun „zu Hause“ sind. Treppauf, treppab. Aber zahllose Hinterhöfe. In Kellerwohnungen und Mansardenstuben. Armselige Proletenpfennige. Ein Tröpflein zum andern. Ein Bach. Ein Fluß. Ein Meer. Und furchtbar kann dessen Kraft werden. Der Vertrauensmann weiß es. Und viele Proleten auch. Darum gibt man es gerne.

„Sag, Franz, ich bringe dir das Märkchen. Hast schlechte Laune?“ Mensch, lache doch. Es kommt doch kein Regen.“

„Hast gut reden, Jakob. In vier Wochen bin ich wieder Vater.“

„Und du freust dich nicht?“

„Worüber freuen? Hab' kein Geld. Sechs gesunde Kinder. Kurzarbeit. Weiß nicht, woher die Kosten aufbringen. Wie das siebente satt kriegen.“

„Wie du das siebente satt kriegst, kannst später überlegen. Laß es erst mal da sein. Arbeitet deine Frau noch?“

„Nein, sie hat vor acht Tagen aufgehört.“

„Bekommt sie denn die Wochenhilfe?“

„Kann sie die denn kriegen? Sie lebt doch nicht mehr.“

„Selbstverständlich, Menschenkind. Auf Grund des Paragraphen 195a, Abs. 7 der A.B.O. Erledige das nur gleich, Franz.“

„Das ist ja — — —, aber das wußte ich ja gar nicht. Habe Dank, Jakob!“

„Laß nur, Franz. Du weißt doch, wir müssen uns immer gegenseitig helfen.“

Und der Vertrauensmann steigt weiter, Stiege für Stiege. Auf und ab. Überall wie ein Freund empfangen. Bis spät am Abend er erst mit seiner Familie vereint ist. Verbandszeitung und ein gutes Buch sind dann seine liebste Unterhaltung.

„Vertrauensmann werden ist nicht schwer, Vertrauensmann sein dagegen sehr.“ Diese Zeilen beweisen es. Aber der Vertrauensmann hat das schöne Bewußtsein, durch seine Tätigkeit der Arbeiterschaft zu helfen. Darum verdient er für seine Arbeiten unseren Dank und unsere Unterstützung!
P. E.

Kündigung des Lohnabkommens für Rheinland-Westfalen.

Der Rheinisch-Westfälisch-Lippische Tischlerinnungsverband hat das am 18. März vorigen Jahres vereinbarte Lohnabkommen zum 17. April gekündigt. In dem Kündigungs-schreiben heißt es: „Unsere Gründe für die Kündigung sowie unsere Vorschläge für den Abschluß einer neuen Lohnvereinbarung werden wir Ihnen mündlich bekanntgeben.“ — Die Verhandlungen über die Erneuerung des Tarifvertrages haben zu einer Verständigung bisher nicht geführt. Es wird noch weiterverhandelt.

Jugendleiterkonferenz in München.

Die am 3. März in München abgehaltene Gaujugendleiterkonferenz war von 20 Delegierten aus 12 Verwaltungsstellen besucht. Aus dem vom Gauvorsteher Koch gegebenen Überblick ist ersichtlich, daß im Gau 2261 Lehrlinge und 718 Jugendliche beschäftigt sind. Von den Lehrlingen sind 19 Prozent, von den Jugendlichen 40 Prozent in unserem Verbandsorganisiert. In 9 Orten bestehen gemeinsame Jugendabteilungen der Gewerkschaften. Besondere Schwierigkeiten für die Jugendbewegung bestehen im Gau nicht, notwendig ist allerdings, daß von den erwachsenen Kollegen der Angelegenheit das notwendige Interesse entgegengebracht wird. Über die Frage, wie die Jugendlichen zu gewinnen und ihr Interesse dauernd rege zu erhalten ist, entspann sich eine lebhafte Aussprache. Dessen Ergebnis war der Beschluß, eine Gaujugendleitung zu bilden. Sie steht unter der Leitung des Gauvorstehers Kollegen Koch, und ihr gehören noch einige Kollegen in München und Augsburg an.

Die Sonderfürsorge bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit.

Das Gesetz über die Sonderfürsorge bei berufsunfähiger Arbeitslosigkeit bedeutet in seiner Auswirkung eine Schmälerung der Arbeitslosenunterstützung für diejenigen Arbeiter, die unter die zu dem Gesetz erlassenen Anordnungen und Ausführungsbestimmungen fallen. Die Berufsämter, für die unter Deutscher Holzarbeiter-Verband zuständig ist, kommen dabei nicht in Betracht, deshalb konnten wir uns auch bei der Registrierung der fraglichen gesetzlichen Vorschriften in Nr. 2 der „Holzarbeiter-Zeitung“ kurz fassen. Nun zeigt sich aber, daß in vereinzelten Fällen doch versucht wird, Mitglieder unseres Verbandes unberechtigterweise der Sonderfürsorge zu unterstellen.

So führte die Ortsverwaltung Witten Klage darüber, daß das dortige Arbeitsamt einige Kollegen, die als Bau- und Möbeltischler gearbeitet hatten, in die Sonderfürsorge eingereiht hatte, was gleichbedeutend ist mit einer empfindlichen Kürzung der ihnen zustehenden Arbeitslosenunterstützung. Unser Verbandsvorstand hat sich durch Vermittlung des Vorstandes des AOBV an den Präsidenten der Reichsanstalt gewendet, der erfreulicherweise sofort Remedur eintreten ließ. Seine Antwort auf die Beschwerde hat folgenden Wortlaut:

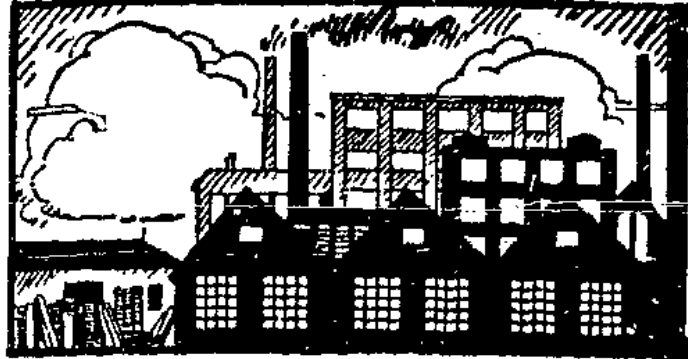
„Nach Mitteilung des Arbeitsamts Witten sind die Bau- und Möbeltischler zu Anfang v o r s i c h t s h a l b e r in die Sonderfürsorge übergeführt worden, da es zweifelhaft erschien, ob diese Berufsarten unter die Sonderregelung fallen oder nicht. Nachdem jedoch durch Anfrage beim Landesarbeitsamt festgestellt war, daß für diese Berufsarten die Sonderregelung nicht in Frage kam, ist die Mitführung der betreffenden Arbeitslosen in die Arbeitslosenunterstützung unverzüglich vorgenommen worden. Dies ist bereits vor etwa drei Wochen erfolgt.“

Die Vorsicht des Landesarbeitsamts Witten berührt uns so eigenartiger, als die Ausführungsbestimmungen zu der Anordnung so ausführliche Berufsverzeichnisse enthalten, daß Irrtümer eigentlich ausgeschlossen sein sollten.

Etwas schwieriger lag die Sache mit den Schiefer-tafelarbeitern in Nordbayern. Es handelt sich hier um eine verhältnismäßig kleine Zahl von Arbeitern, die unserem Verband angehören. Schiefer- und Schieferfabriken, in denen auch Schieferstifte und Griffel angefertigt werden, befinden sich in Nordhalben, Kronach und Ludwigstadt. Nach dem Berufsverzeichnis fallen die Schiefer- und Schieferfabriken unter die Sonderfürsorge. Dieses Verzeichnis ist aber nicht absolut zwingend, und die Aufnahme der Schiefer- und Schieferfabriken in dem fraglichen Gebiet ist offenbar aus einem Irrtum durch Unkenntnis der Verhältnisse zurückzuführen. Die Schiefer-tafelindustrie ist kein Saisongewerbe. Die Fabrication erfolgt in bedeckten und heizbaren Räumen, und gerade im Winter ist die Industrie am stärksten beschäftigt.

Unser Gauvorstand in Nürnberg hat sich der Sache angenommen und in einer Eingabe an den Verwaltungsausschuß beim Landesarbeitsamt Bayern unter Darlegung der Verhältnisse ersucht, die Schiefer- und Schieferfabriken in der Liste des Landesarbeitsamts Bayern von der Sonderfürsorge auszunehmen. Dieser Schritt hat Erfolg gehabt. Das zuständige Arbeitsamt Koburg hat mitgeteilt, daß es auf Grund vorgenommener Untersuchungen die Schiefer- und Schieferfabriken aus der Sonderfürsorge herausgenommen hat.

Mit Laßmann dieser Nummer ist
am 12. Wofanbauverein föllig



Holzindustrie



Konjunkturbeobachtungen.

Das Institut für Konjunkturforschung schreibt in seinem neuen Vierteljahrsheft zur Konjunkturforschung über die Holzwirtschaft folgendes:

Die Rundholzpreise haben sich nach ihrem seit Ende 1927 andauernden Rückgang (um etwa 20 Prozent) während des 4. Vierteljahrs 1928 im ganzen behauptet. Von Saisoneinflüssen abgesehen, hat hierzu auch die Zurückhaltung des Angebots beigetragen. Die Möglichkeit weiterer Preisrückgänge ist damit nicht ausgeschlossen.

Die Schnittholzpreise sind nach einer vorübergehenden Befestigung im Herbst in den letzten Monaten weiter gesunken. Mitte Januar betrug der Preisrückgang gegenüber dem Höchststand von 1927 für Bauhölzer etwa 7 Prozent, für hochwertige Tischlerware etwa 9 Prozent. In dieser Bewegung spiegelt sich der Rückgang der Nachfrage wider. Schaltet man die saisonbedingten Schwankungen der Rund- und Schnittholzeinfuhr als der notwendigen Zufuhrversorgung für den innerdeutschen Bedarf aus, so wird die Parallelität der Bewegung von Holzpreise und Holzpreisen im Inland deutlich: Die Nachfrage nach Rund- und Schnittholz begann nach ihrem seit Mitte 1928 ununterbrochen andauernden konjunkturellen Anstieg Ende 1927 langsam zurückzugehen. Gleichzeitig erfolgte der erste, wenn auch zunächst vorübergehende konjunkturelle Rückgang in der Beschäftigung der Holzverarbeitenden Industrie. Dazu kamen die Rückgangstendenzen, die sich bei dem gewerblichen und auch bei dem Wohnungsbau zeigten.

Gegenwärtig neigt die Nachfrage zu weiterer Verschlechterung. Das gilt besonders für den Bedarf der Holzverarbeitenden Industrie und dürfte auch durch die verhältnismäßig günstigen Aussichten für den Wohnungsbau nicht aufgehoben werden. Daher ist vorläufig weiter mit rückläufiger Tendenz auf den Holzmärkten zu rechnen.

Die Beschäftigung der deutschen Sägewerke ist im 4. Vierteljahr 1928 stärker als saisonbedingt gesunken und neigt auch weiter zur Abschwächung. Das inländische Angebot von Rundholz hält zurück, außerdem wird die Rundholzeinfuhr in zunehmendem Grad durch die Einfuhr von Schnittholz verdrängt; so ist die Einfuhr von Rundholz bereits seit Herbst 1927 abwärts gerichtet, die Einfuhr von Schnittholz dagegen noch bis zum 1. Vierteljahr 1928 gestiegen und auch seitdem nur wenig zurückgegangen. Der Einfuhrrückgang im Januar 1929 ist als Folge der vorübergehenden Grenzsperrung für polnisches Schnittholz anzusehen. Seit der Aufhebung der Schnittholzsperrung im Handelsverkehr mit Polen vom 4. Dezember 1927 ist die Einfuhr polnisches Rundholzes in wachsendem Maß durch die Einfuhr von polnischem Schnittholz ersetzt worden. Diese ist im Jahre 1928 ständig gestiegen und betrug für ostpolnisches Nadelholzschnittholz fast das Dreieinhalbfache der Vorjahrsmenge. Dagegen ist die Schnittholzeinfuhr aus Österreich und der Tschechoslowakei stark zurückgegangen.

Die Beschäftigung in der Holzverarbeitenden Industrie hat sich um die Jahreswende mehr als saisonüblich verschlechtert. Von 100 Holzarbeitern waren Ende Januar nur 78,4 Prozent voll beschäftigt gegenüber 90 Prozent Ende Oktober und 87 Prozent Ende Januar 1928.

Die Entwicklung der Arbeiterzahl in den Großbetrieben der Holzindustrie nach der Statistik des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes zeigt folgende Tabelle:

	Zahl der am Monatsende beschäftigten Holzarbeiter.							
	Jahresdurchschnitt 1925 = 100							
	Ägerwerke	Ebberwerke	Tischler	Einble	Planos	Stellen	Wärten	Werkstätten
1928	79,6	86,6	70,7	74,3	71,1	74,6	71,7	72,6
1927	91,4	122,4	101,2	98,3	82,8	85,3	70,9	88,2
1928	95,0	142,6	111,0	102,1	79,4	87,2	80,5	95,3
1928								
Oktober	96,3	142,8	115,2	106,2	80,3	91,7	78,3	98,3
November	91,9	138,6	113,6	105,6	78,6	89,0	76,7	96,1
Dezember	88,5	132,1	109,8	101,4	77,1	86,0	73,2	92,6
1929								
Januar	87,1	133,2	108,3	99,1	74,2	85,8	69,8	91,4

In den Verbrauchsgüterbranchen der Holzindustrie (Herstellung von Möbeln, Hausrat usw.) hatten die Vorbereitungsarbeiten für das Weihnachtsgeschäft zu einer vorübergehenden Geschäftsbelebung im Herbst geführt. Der Auftragseingang entsprach jedoch nicht den für die Saison gehegten Erwartungen der Industrie. Insbesondere haben sich während des 4. Vierteljahrs die Bestände an langfristigen Aufträgen fühlbar vermindert. Schon im November war allem aber im Dezember ist die Beschäftigung in hiesigen Verbrauchsgüterbranchen der Holzindustrie entschieden zurückgegangen.

In der Möbelindustrie insbesondere hat die Zurückhaltung des Handels infolge verhältnismäßig hoher Lagerbestände zu einem unbefriedigenden Auftragsingang für das Weihnachtsgeschäft und zu einem fühlbaren Beschäftigungsrückgang der Industrie bereits im November geführt. Die

Möbelpreise konnten im Großhandel bisher im ganzen noch aufrechterhalten werden. Die Einzelhandelsumfänge haben sich, von Saisoneinflüssen abgesehen, im 4. Vierteljahr behauptet. Wenn sie auch durch die Förderung des Wohnungsbaues eine gewisse Stütze erhalten, so ist dennoch bei einer weiteren Abnahme der allgemeinen industriellen Beschäftigung und dementsprechend sich weiter verlangsamender Einkommensbildung in den nächsten Monaten auch mit einem erneuten konjunkturellen Umschwung im Möbelhandel zu rechnen.

Der Absatz der Pianoindustrie hat während des 4. Vierteljahrs saisonmäßig zugenommen, blieb jedoch hinter der Höhe des Vorjahres um rund 16 Prozent zurück.

Holzbearbeitungsmaschinen auf der Leipziger Messe.

Die Maschinenbauindustrie hat sich früher um die Entwicklung und die Bedürfnisse der Holzindustrie so gut wie gar nicht gekümmert. Jetzt ist das anders geworden. Wenn man noch vor wenigen Jahren mit Recht sagen konnte, daß die deutschen Holzbearbeitungsmaschinen die rückständigsten der Welt seien, so kann man heute behaupten, sie marschieren mit an der Spitze. Was die Maschinenfabriken auf dem Gebiete der Holzbearbeitungsmaschinen leisten können, haben sie auf der Technischen Messe in Leipzig gezeigt.

Auffällig viel Gattersägen waren aufgestellt. Die Maschinenfabriken bemühen sich, die Vollgatter durch besonders schnellen Umlauf leistungsfähig zu machen. Eine Berliner Firma baut die Gatter so, daß der Vorschub stufenlos von 0 bis 8000 Millimeter einstellbar ist. In Konkurrenz mit den Gattersägen treten Blockbandsägen schwerer Konstruktionen. Auf dem Gebiete der Kreisrägen fanden Spezialmaschinen für das automatische Befäumen großes Interesse. Für den Vorschub sind an einzelnen Maschinen Transportketten angebracht. Die Schaltungen an den Maschinen sind wie bei den Werkzeugmaschinen für Metallbearbeitung überall übersichtlich an einer Stelle der Maschine angeordnet, wobei durchweg der elektrische Einzelantrieb vorgesehen ist. Eine Liegnitzer Firma zeigte eine schwenkbare Kreisräge und eine Leipziger Firma automatische Befäum- und Zuschneide-Kreisrägen mit obenliegendem Sägebrett, die einen Schnitt von 50 Meter pro Minute bei 125 Millimeter Schnitthöhe ermöglichen. Allgemeine Beachtung fand eine Kreisräge mit 30 gleichzeitig arbeitenden Sägebältern, die eine Herforder Firma ausgestellt hatte. Die Dickenhobelmaschinen haben eine Breite bis zu 1,20 Meter. Eine Firma zeigte eine Arbeitmaschine mit sechs Messern mit 6000 Umdrehungen in der Minute. Mehrere Firmen haben besondere Schleifeinrichtungen an ihre Hobelmaschinen angebracht, bei denen das Schleifen der Messer ohne Herausnehmen aus der Maschine bewirkt werden kann. Zu sehen war auch eine sehr schwere vierseitig arbeitende Hobel-, Nut-, Spund- und Kehlmaschine mit Vorschubwalzen.

Viele Maschinen arbeiten halbautomatisch, wodurch das Arbeitstempo bestimmt wird und einer Rationalisierung in der Holzbearbeitung die Wege geebnet sind. Eine Leipziger Firma hatte eine automatische doppelte Zapfenreihe und Schlimaschine bis zu zehn Werkzeugwellen ausgestellt, insbesondere für die Möbelherstellung. Der Anstellmechanismus wird bei den Grenzstellungen selbst ausgelöst, so daß bei eventueller Unachtsamkeit des Arbeiters ein Aufschießen der Träger verhindert wird. In mehreren Maschinen macht sich das Bestreben bemerkbar, besondere Aufspannvorrichtungen so zu gestalten, daß mehrere nebeneinanderliegende Werkstücke gleichzeitig bearbeitet werden können.

Die Sandpapierschleifmaschinen sind weiter vervollkommen worden, indem die Schleifzylinder einzeln durch Motoren angetrieben werden und in entgegengesetzter Richtung zueinander laufen. Der Tisch ist elastisch zum Ausgleich bei Überlastungen durch den Schleifdruck gelagert.

Großes Interesse verdienen die Maschinen zur Herstellung und der Verarbeitung von Furnieren. Eine Stuttgarter Firma hatte elektro-hydraulische Furnier-Schnellpressen ausgestellt, bei denen eine größere Anzahl von Furnieren oder Sperrholzplatten gleichzeitig hergestellt wird. Nach dem Auftragen von Leim werden die Platten zwischen hohlgestaltete Maschinenplatten gelegt, die schnell gegeneinander bewegt und elektrisch geheizt werden, dann tritt hydraulische Pressung ein und hierauf durch Kühlwasser eine Abkühlung der Platten, so daß eine Maschinenfüllung in etwa 5 Minuten fertiggestellt werden kann.

Die Maschinenfabriken wetteifern jetzt auch in der Herstellung von Spezialmaschinen. Beachtung fand eine automatisch arbeitende Deckelagelmaschine, die imstande ist, 500 bis 800 Ecken oder Deckel pro Stunde mit je einem Schlag aufzumageln. Die Maschine ist für verschiedene Kantenabmessungen einstellbar. Eine Offenbacher Firma hat Nagelmaschinen für Massenartikel, wie z. B. Spielwaren, Flachwinkel, kleine Kästchen usw., auf den Markt gebracht, die pro Minute etwa 30 Nagelungen ausführt.

Eine moderne Sägenfabrik.

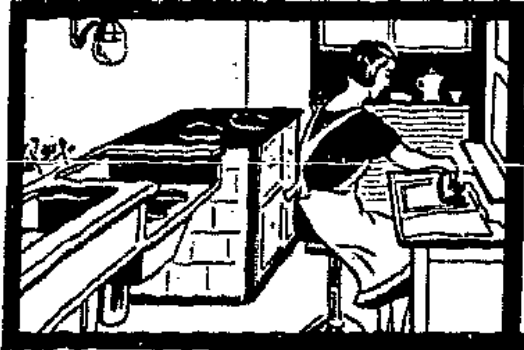
Weit draußen im Osten von Hamburg, eigentlich dem sich kräftig entwickelnden neuen Fabrikviertel Billbrook nach vorgelagert und gegenwärtig noch ohne Verkehrsverbindung, liegt das Donar-Türen-Werk, G. m. b. H., ein Werk, wohl einzig in Deutschland, das seit einem Vierteljahr in Betrieb ist. Ein gleiches Werk ist in Holland. Die eingeführten Türen verteuern sich um den Zolbetrag. Die Konkurrenz war schon deshalb schwierig. Das Werk ringt nicht nur um Absatz, sondern vielleicht eher noch zunächst um Anerkennung. Der Wert seiner Produkte ist auch unter Fachleuten noch durchaus umstritten. Amerika kennt sie zwar seit langem in der Praxis; die Türen, die nicht wie bei uns gezapft, sondern nur gedübelt sind. Daß diese Türen gänzlich und ausschließlich durch die Maschine angefertigt werden, erhöht in Fachkreisen nicht ihren Wert.

Verarbeitet wird nur tadelloses Oregonpine, das von Amerika schon in den gebrauchten Längen, Breiten und Dicken geschnitten importiert wird. Vom Schiff wird es auf eine an das Wasser anschließende, das ganze Werk entlang führende Ladebahn gehoben, auf der Querschienen montiert sind, und von dort wiederum auf Rollen linksseitlich, schon auf Zwischenhölzer gestapelt, im Holzlager abgesetzt. Eine genügend große Dampfkammer, mit allen notwendigen Meßinstrumenten versehen, nimmt alle zur Verarbeitung gelangenden Hölzer auf, um sie mittels feuchter Warmluft zu trocknen. Nur so vorbereitete Holzstapel verlassen auf dem ihm am Wasser gegebenen Transportweg, den Rollen, die Dampfkammer, um in die große Maschinenhalle gebracht zu werden.

Der Holzstapel wird vor der doppelseitigen Dickenmaschine in eine Grube versenkt. Die Senkbühne hebt sich nach Abnahme einer Schicht selbsttätig um die Holzdicke, so daß die Oberlante des Stapels immer mit dem Maschinentisch auf gleicher Höhe zu rascher Holzzufuhr steht. Und die Zufuhr muß rasch des schnellen Maschinentransports wegen vor sich gehen. Beidseitig gehobelt, geht der Stapel auf einer Rollenbahn an die Pendelsäge, um auf Längen geschnitten zu werden. Um möglichst wenig Abfall zu erzielen, ist die Säge mit einer Anzahl Hebel versehen, die auf notwendige Längen und verschiedene Türsorten eingestellt sind. Die Kehlmaschine besorgt an den Rahmenstücken die Profilgebung, nachdem zuvor eine Bohrmachine in einem Gang sämtliche notwendigen Dübellöcher gebohrt hat. Die Querstücke passieren vor der Kehlmaschine die Bohr-, Leim- und Dübelmaschine, die mit einem langsam rotierenden Band, das in Abständen mit Raupen besetzt ist, die Querstücke unter dem davor liegenden Stapel herausnimmt. Beidseitig werden die Dübellöcher gebohrt, dann einen Ruck weitergeführt, wird Leim eingespritzt, wieder einen Ruck weiter werden auf jeder Seite gleichzeitig zwei Dübel eingehoben. Die Dübel selbst werden auf einer Dübelfräsmaschine hergestellt und auf einer Dübelkürzmaschine auf Längen geschnitten, wobei auch die Ranten genügend gebrochen werden. Die Füllungen aus Sperrholz werden von Größen geschnitten und die Ranten auf einem Schleifband gebrochen. Die Tür ist nun zum Zusammenschlagen fertig. Maschinell wird in den Löchern der Längsstücke Leim angegeben, zwei Mann stecken die Tür zusammen, legen sie auf die schräggestellte Presse, die mit kräftigen Kontrapressen versehen ist. Im Zusammendruck ein Ruck, die Tür ist im Winkel und auch schon fugendicht zusammengepreßt. Nun zur doppelseitigen Schleifmaschine, nach deren Verlassen noch die inneren Ranten mit Sandpapier gebrochen werden, und die Tür steht, wie aus dem Ei gepellt, verkaufsfertig da. Der ganze Weg der Tür ist Maschine und Transportmittel. Die menschliche Arbeitskraft ist mit zur Maschine geworden. Das Arbeitspensum wird von der Maschine bestimmt. Der Facharbeiter ist größtenteils vom Hilfsarbeiter ersetzt, wozu wiederum der jüngere ausreicht.

Die geräumige Halle ist hell. Alle Maschinen haben Staubabsauger, die die Späne vor die automatische Feuerungsvorrichtung an den Riffel bringen. Ein Riemen ist nicht zu sehen. Der Antrieb der Maschinen ist elektrisch. Auf dem vorbezeichneten Wege können durch die vorhandenen Anlagen täglich 500 Türen hergestellt werden. Die Leistungsfähigkeit des Wertes kann auf wöchentlich 10 000 Türen gesteigert werden. Das Herz der Fabrikation ist vorerwähnte Presse, die theoretisch alle 15 Sekunden eine Tür zusammendrückt. Alle anderen Maschinen leisten Vorbereitungs- und Zubringerarbeit. Natürlich werden verschiedene Türsorten in Größe und Aufteilung hergestellt, von der Einfüllungsstür bis zur Sechsfüllungsstür mit doppelter Kreuzsprosse.

Einzig wird wohl in Deutschland dieser Betrieb sein, sowohl was Einrichtung als auch Leistungsfähigkeit anbelangt. Die Ergiebigkeit der Maschine, oder richtiger der Technik, ist auf einen uns bis jetzt unbekannt hohen Grad gesteigert. Die menschliche Arbeitskraft, vom Facharbeiter ganz zu schweigen, ist weitgehend ausgeschaltet. Von rund 30 beschäftigten Arbeitern sind 7 Facharbeiter. Setzt sich der im Betrieb verkörperte Gedanke: geringster Aufwand an Arbeitskraft, höchste Leistung, durch, so werden für unsere Bau- und Tischlerkollegen böse, noch bössere Zeiten kommen als heute schon.



Heim und Familie



Soll man Kinder auf die Schule vorbereiten?

Von Dr. Max Langer.

Nun ist Ostern herangekommen, und wie alljährlich, werden wieder Zehntausende von Kindern zum erstenmal in die Schule aufgenommen. Sicher bedeutet dieser erste Schritt zu Wissen und Gemeinschaft in dem Leben der heranwachsenden Kinder den ersten bedeutamen Einschnitt, und es ist darum nicht verwunderlich, daß schon Wochen vorher die Eltern dieser Kinder sich mit dem Ereignis beschäftigen.

Ganz im Gegensatz zu den zukünftigen Abc-Schützen. Denn wer sich noch seiner Kindheit erinnern kann, der wird feststellen können, daß man sich von der Schule und allem, was damit zusammenhängt, keinen rechten Begriff im voraus machen konnte. Für das Kind spielt überhaupt erst die vollendete Tatsache eine Rolle, und nur jene Kinder werden sich im voraus mit Schule und Unterricht beschäftigen, die von Eltern und Erziehern dazu angehalten werden. Denn es gibt eine Menge überbesorgter Eltern, die glauben, daß eine Vorbereitung auf die Einschulung unumgänglich nötig sei, und daß ohne sie das Kind große Schwierigkeiten in der Schule finden werde. So geht man also daran, auf alle mögliche Weise dem Kind einen Begriff vom Schulhaus, den Lehrern und den Unterrichtsgegenständen zu geben.

Aber diese wohlgemeinte Absicht kann oft recht nachteilige Folgen haben. Während damit beabsichtigt wird, dem Kinde die bis dahin unvertraute Atmosphäre näher zu bringen, empfinden manche Abc-Schützen jetzt die Schule als etwas, was so ganz anders ist als ihr bisheriges Leben, und das trägt nicht selten von vornherein zu einer gewissen Abneigung gegen die ganze Einrichtung bei. Es ist doch wirklich so, daß durch die Schule mit ihren regelmäßigen Stunden und den Hausarbeiten, wenn sie auch in den ersten Monaten ganz wegfällt oder in kurzer Zeit zu erledigen sind, die goldene Freiheit der Schulzeit wesentlich eingeschränkt wird.

Man sollte also die Kinder bis zum Tage der Einschulung gerade erst recht unbesorgt und ungebunden dahinleben lassen und es dann den Lehrern anheimstellen, so schnell wie möglich den persönlichen Kontakt mit den neuen Schülern zu finden. Gerade die moderne Pädagogik, die sich ja von Jahr zu Jahr in größerem Maße durchzusetzen beginnt, hat nachdrücklich auf die Bedeutung der ersten Schulwochen für die Gesamteinstellung des Kindes hingewiesen, und jeder pflichtbewusste Lehrer wird das Menschenmögliche tun, um für die Kinder den Übergang vom Spiel zum Unterricht, von der Freiheit zur Pflicht zu erleichtern. Heute werden gerade die untersten Klassen aller Lehranstalten mit den besten, jüngsten und pädagogisch begabtesten Lehrkräften besetzt, so daß die Eltern ihre Sorge ruhig lassen können und in diesem Punkte der Schule Vertrauen schenken dürfen.

Andererseits weisen aber eben diese Lehrer mit Recht darauf hin, daß es für sie viel leichter ist, den Kontakt mit den Schülern zu gewinnen, wenn diese nicht schon irgendein fertiges Bild von Schule und Unterricht mitbringen. Das gleiche gilt auch für jede Art von Schulwissen und Fähigkeiten, die zum Pensum der untersten Klasse gehören. Der Lehrplan ist in den ersten Jahren derart, daß zweifellos jedes Kind mit gutem Willen den gestellten Forderungen gerecht werden kann. Es ist sogar schädlich, wenn Kinder bereits alles das beherrschen, was ihnen erst in der Schule beigebracht werden soll. Denn dann ist es unvermeidlich, daß sich der kleine Abc-Schüler im Unterricht langweilt, daß er sich viel klüger findet als seine Mitschüler und oft auch als sein Lehrer, der sich mit derartig einfachen Dingen so lange abgibt. Wenn auch dieser Schüler dann zunächst vielleicht Klassenleiter werden kann, so verhindert möglicherweise gerade dieser Umstand die zwanglose Eingliederung in den Rahmen des Schulbetriebs und der Mitschüler. Überhaupt dürfte es am wichtigsten sein, daß sich die Kinder sofort zueinander finden und nicht zu Eigenbrötchen und Alleingängern im Schulleben werden, das doch den ersten Schritt in das gesamte Gemeinschaftsleben darstellt.

Nicht verfehlt!

Der Ostertermin ist für die zahlreichen Schüler, die das Ziel der Klasse nicht erreicht haben und nicht verfehlt worden sind, ein wahrhaft tragischer Zeitpunkt, allerdings weniger wegen des verlorenen Halbjahres oder Jahres, als vielmehr wegen der schwereren seelischen und geistigen Folgen, die dieses Ereignis zeitigt. Alljährlich hören wir von zahlreichen Schülern, die „hingeblieben“ sind, und diese Eltern sagen heilen eine der traurigsten Kapitel der falschen Erziehungswelt der Eltern dar. Es ist selbstverständlich nicht zu bezweifeln, daß ein verlorenes Jahr nicht nur einen Zeitverlust für den Jüngling bedeutet, sondern für die Eltern auch eine gewisse wirtschaftliche Schädigung, da sich dadurch die Chancen für die Erziehung und Ausbildung des Kindes beträchtlich vergrößern. Diesem Nachteil steht aber wieder die nicht zu unterschätzende Tatsache gegenüber, daß ein schwacher Schüler auf diese Weise die Möglichkeit erhält, die Lücken seines Wissens auszufüllen und dadurch die Grundlage für ein gutes Vorwärtkommen in der Zukunft zu schaffen. Die Notverfügungen sind eher ein größerer Schaden als ein Vorteil, wenn sie auch von Eltern und Schülern mit großer Freude begrüßt werden.

Aber meist ist das Gegenteil der Fall, und es darf nicht verschwiegen werden, daß oft genug bei den heftigen Vorwürfen, die nunmehr auf das Haupt der armen Kinder herniederprasseln, weniger das Interesse für das Vorwärtkommen ausschlaggebend ist, als vielmehr die liebe Eitelkeit. Man empfindet es als eine Schande, wenn das Kind sitzengeblieben ist, während der Karl oder die Marie des Nachbarn verfehlt worden ist. Sie dürfen stolz umhergehen, während der nichtverfehgte Schüler wie ein Verbrecher sich schämen muß. Er muß fortwährend hören, daß er zu nichts taugt und ein Dummkopf ist, dessen sich die Eltern schämen müssen. Die Eltern vergehen sich dabei in ernster Weise gegen den heiligen Geist der Liebe, wenn sie sicherlich auch nichts Arges dabei empfinden und vor allen Dingen aus Unkenntnis der Kindesseele die Verheerungen nicht ahnen, die auf diese Weise in dem Gemüte der jungen Menschen angerichtet werden. Die vielen Selbstmorde sollten den Eltern die Augen öffnen, wie schwer hier gesündigt wird, denn sie sind ein Zeichen für die völlige Ratlosigkeit und Haltlosigkeit des Kindes, das sich jeder Stütze beraubt sieht.

Die meisten Schüler tragen selbst schwer genug an dem ungünstigen Ergebnis ihrer Studien und müssen viel eher darüber getröstet werden, als mit Vorwürfen gequält werden. Zwar entspringen diese oft den besten Absichten der Eltern, also ihrer Sorgfalt und ihrem guten Herzen, aber man muß stets wissen, zu welcher Zeit man tadeln darf, und ob es nicht erforderlich ist, die Selbstwürde und seelische Niedergedrücktheit des Kindes durch milde Worte zu lindern. Selbst wenn diese düstere Gemütsstimmung der Jugendlichen nicht zu dem furchtbaren Entschlusse des Freitodes führt, hat sie nämlich noch andere sehr schwerwiegende Folgen, die oftmals für die Zukunft wirklich entscheidend sind, während die Tatsache des Eigenbleibens diese Bedeutung in den seltensten Fällen erlangt. Der Schüler verliert nämlich unter diesen Umständen jedes Zutrauen zu sich und zu seinen Leistungen. Er wird ängstlich, unfähig zur Entscheidung und charakterlich schwach. So bildet sich in ihm der Minderwertigkeitskomplex aus, der ihn während seines ganzen künftigen Lebens in jeder Beziehung behindert und sein Fortkommen erschwert. Ein freundliches und tröstendes Wort von seiten der Eltern und Erzieher wirkt gerade in einem solchen Augenblick Wunder, zumal wenn damit der Hinweis verbunden ist, daß eine schlechte Leistung in der Schule nicht einen geringen Geist und unfähigen Charakter voraussetzt. Dann wird auch dieses Mißgeschick des Eigenbleibens noch imstande sein, gute Früchte zu zeitigen, denn der Schüler wird dadurch angefeuert werden, mehr als je seine Pflicht zu tun, um das Ziel der Schule zu erreichen. Scheltworte und Tadel ändern an der Tatsache nichts, sondern schädigen Geist und Seele.

Eine strenge ist nicht immer eine gute Erziehung

Gar nicht selten hört man bei dem Bericht einer Lebensgeschichte, daß ganz merkwürdigerweise das Kind trotz der strengen und äußerst sorgfältigen Erziehung im Elternhause, oder wo sonst seine Erziehung stattfand, über die Stränge geschlagen habe und auf einmal gegen alle Normen der Erziehung verstieß. Scheinbar steht man dann vor einem großen Rätsel, denn bis zu diesem Zeitpunkt schien das Kind sich unter der Erziehung doch immerhin leidlich wohl zu fühlen, man konnte auch annehmen, daß es sich im allgemeinen die Erziehungsgrundsätze zu eigen gemacht hatte. Unerklärlich erscheint dann auf einmal dieser fast vollkommene Umschlag im Verhalten des jungen Menschen. Betrachtet man aber solche Fälle genauer, so wird man zu einem ganz anderen Urteil über die strenge Erziehung kommen müssen.

Man soll uns nicht mißverstehen: wir glauben, daß jede Erziehung kraftvoll und mehr noch sinnvoll durchgeführt werden muß. Es ist ganz unzweifelhaft, daß Menschen, die sich selbst nicht zu helfen wissen, unfähig sind, andere Menschen zu leiten. Aber meistens wissen gerade die Menschen, die zur Strenge ihre Zuflucht nehmen müssen, am wenigsten wirklich im Leben Bescheid. Derartige Erzieher stehen meist in irgendwelcher Form abseits, feindlich dem Leben gegenüber in seinen heutigen Formen. Aber gerade ihre abweichende Meinung versuchen sie auf diesem äußerlichen Wege dem Kinde, das nur als Objekt der Erziehung betrachtet wird, aufzudrängen. Denn eigentlich ist das der Unterschied zwischen jeder guten und schlechten Erziehung:

Die gute Erziehung wird nur darauf ausgehen, das Kind oder den jungen Menschen in seiner Eigenart zu fördern, was natürlich durchaus nicht das gleiche bedeutet wie ihm alle Unarten durchgehen lassen. Das Endziel solcher Erziehung ist aber nie ein Umbiegen der heranwachsenden Persönlichkeit, sondern der Erzieher wird nur danach streben, es dem jungen Menschen möglichst leicht zu machen, sich ins Leben einzufügen und mit allen seinen Kräften hier tätig zu sein. Im Gegensatz dazu geht der strenge Erzieher nicht aus von der Persönlichkeit des zu Erziehenden und der Frage, wie sich dieser bei seinen Anlagen und Eigenschaften am besten in die menschliche Gemeinschaft einfügen könnte. Ihm schwebt ein bestimmtes Idealbild vor, zu dem der junge Mensch werden soll, gleich, ob er dafür taugt oder nicht, gleich auch, ob er dazu Lust empfindet oder nicht. Es versteht sich, daß also jede strenge Erziehung den jungen Menschen

mehr oder weniger Gewalt antun muß, und dies gerade nicht nur im äußerlichen Sinne gesprochen, sondern vor allem auch in seiner inneren Entwicklung.

Auch wenn man noch so sehr gegen harte Strafen, vor allem gegen sinnlose körperliche Züchtigungen ist, so muß doch die seelische Folge einer strengen Erziehung noch viel ungünstiger für den heranwachsenden Menschen sein als alle diese äußerlichen Mißgriffe. Der junge Mensch spürt, daß man ihm so gar nicht gerecht wird, deswegen wird er anfangen, gegenüber dem Erzieher mißtrauisch zu werden, er verliert das unmittelbare Verhältnis zu ihm, das früher ganz fraglos feststand, und was bisher nur Freude war, wird nun ein harter Zwang. Je nachdem nun das Kind mehr aktiv oder passiv ist, wird es verschieden auf diese Erschütterung in allen seinen menschlichen Beziehungen antworten. Das mehr passive Kind wird nunmehr zum Übelberger werden, zu einem Menschen, der wie der geschlagene Hund stets mit eingezogenem Schweife und mit herabhängenden Ohren herumläuft, immer gewärtig neuer Schläge, nie fröhlich, nie mutig, niemals voller Hoffnung und eigener Pläne für die Zukunft. Der mehr aktiv gerichtete Jugendliche aber wird auch nicht weniger Schaden bei solcher Erziehung erleiden. Er wird im Gegensatz zum anderen Typ nun jähzornig werden, unbändig wild und dazu launisch in seinem ganzen Leben. Von vornherein ist er jetzt ohne sachliche Wertung sofort zum Widerstand bereit, kurz, er wird zum ausgesprochenen Widerspruchsgeist und zum Raufbold in jeder Hinsicht.

Aber auch wenn sich im Laufe der Erziehung selbst diese Folgen nicht deutlich einstellen sollten, so kann leicht in dem Augenblick, wo der junge Mensch nun selbständig sein soll, sich all der Schaden solcher Erziehung herausstellen. Nur allzuoft verfallen Menschen mit ausgesprochen guter Kinderstube dann einem Leben, das oft nach an die Lasterhaftigkeit grenzt. Wenn man sich aber fragt, wer für einen solchen Umschwung die Verantwortung trägt, so gibt es ehrlicherweise nur eine Antwort darauf: die unvernünftig strenge Erziehung, die nicht Rücksicht nimmt auf die Entwicklung der selbständigen Persönlichkeit des jungen Menschen F. C.

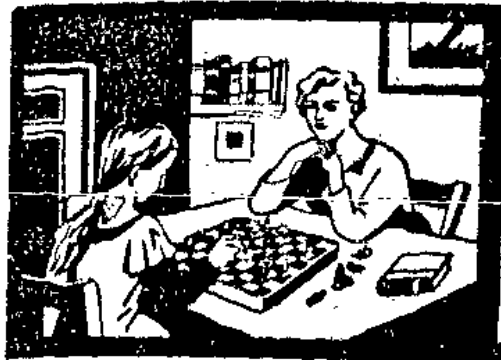
Dürfen wir Kinder belügen?

Wie viele Eltern haben es nicht schon versucht, ein paar Mark Fahrgehalt auf der Eisenbahn dadurch zu sparen, daß sie das Kind als jünger ausgaben und ihm auch aufs schärfste verboten, sein wahres Alter zu nennen. Wenn man die Eltern daraufhin zur Rede stellt, so werden sie immer mit der gleichbleibenden Formel antworten: „Wir sind immer rechtliche Leute, und überhaupt — das Kind wird das nicht merken.“ Vielleicht ist aber keine Lüge und kein Betrug gefährlicher und schädlicher als die Unwahrheit, die den Kindern gesagt wird.

Es ist ein grober Irrtum, daß Kinder noch nicht imstande sind, Wahrheit und Lüge zu unterscheiden, daß sie überhaupt nicht so vernünftig sind, das Verhalten des Erwachsenen beurteilen zu können. Hört man in späterem Alter von einem Erwachsenen Geschichten aus seiner Kindheit, so wird er niemals von solchen „Kleinigkeiten“ in gleichgültigem Tone sprechen. Der beste Fall, der eintreten kann, ist der, daß sich dann das Kind mit Entrüstung von seinen Eltern abwendet, die anderes tun, als sie von ihrem Kinde verlangen. Aber auch schon diese Möglichkeit hat oft bedauerliche Folgen. Das Vertrauen des Kindes zu den Eltern, möglicherweise zu allen Erwachsenen, ist gestört, und meist sind Kinder dann doch nicht vernünftig genug, um die Bedeutung oder Bedeutungslosigkeit der ganzen Angelegenheit in ganzem Umfange zu durchschauen.

Schlimmer ist es aber noch, wenn das Kind nicht Widerstand entgegensetzt, sondern sich die „harmlosen“ Methoden der Erwachsenen zu eigen macht und nun selbst unwahrscheinlich und lügnereisch wird. Bereits das Sprichwort weist darauf hin, daß in der Jugend erworbene Eigenschaften im Alter nur sehr schwer abgelegt werden können, und alle Psychologie und Menschenkenntnis haben diese alte Volksweisheit nur immer wieder bestätigen können. Ebenso groß wie der gute Einfluß der Kinderstube ist, kann eben auch der Schaden einer einzigen Lüge sein, die das Kind vom Erwachsenen hört. So müssen also alle Menschen, die mit Kindern zu tun haben — und das sind eigentlich alle Menschen — ständig bestrebt sein, Lügen und Unwahrheiten zu vermeiden. Dazu gehören nicht nur der große Betrug und die großangelegte Lügnerci mancher Menschen, sondern ebensogut die kleine, meist unschuldige und harmlose Konventionslüge.

Wieviel Unheil durch Lügen in Gegenwart von Kindern oder Kindern gegenüber angerichtet wird, das läßt sich kaum ausdenken. Hier ist eben wieder ein Punkt, wo die Forderung der Erziehung des heranwachsenden Geschlechts umschlägt in die Forderung nach ständig fortschreitender Selbsterziehung; denn nur eine solche Umgebung, wo Menschen ständig an sich arbeiten und die Erziehung an den Jüngeren nur ein Spezialfall der Selbsterziehung ist, wird wirklich fruchtbar sein für die heranwachsenden Menschen, und nur hier wird sich auch aller Schaden vermeiden lassen, den heute noch die Lüge in jener Form allzuoft bei Kindern hervorruft.



Unterhaltung und Wissen



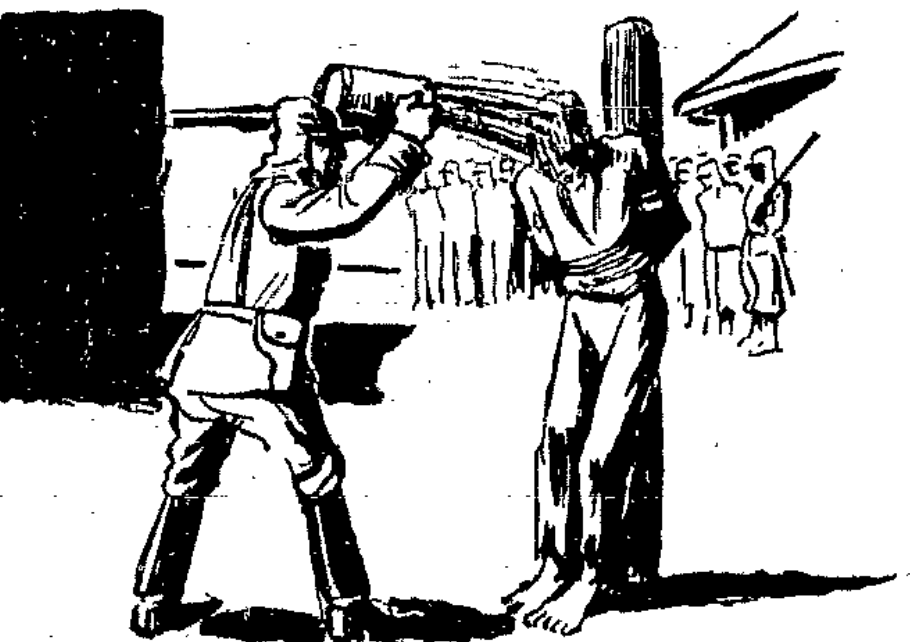
Im Todeslager von Sidi-Moussa.

Erlebnisse in der französischen Fremdenlegion von F. Olienle. Silence! ... Laut schallt die Stimme des wachhabenden Sergeanten durch den Hof. Der Leutnant des Deportationslagers Dar-bel-Hamei hat das Lager betreten, um für Sidi-Moussa frischen Nachschub herauszufuchen. Prüfend gehen seine Augen von Mann zu Mann. Wer sich durch irgendein Vergehen gegen die Ordnung des Lagers strafbar gemacht hatte, oder wer die horrende Arbeit, die von dem einzelnen verlangt wurde, nicht mehr leisten konnte, der wurde notiert. Die Aussicht, nach Sidi-Moussa zu kommen, ließ die kaltblütigsten Apachen erzittern. Denn zu sterben war schlimm, aber auf Sidi-Moussa zu enden, war schrecklich. Hier hauste ein Sergeant, der wegen seiner sadistischen Grausamkeiten an wehrlosen Gefangenen in ganz Nordafrika berüchtigt war.

Das also war das Ende. Ich hatte vor einiger Zeit von der Zentrale einen Fluchtversuch unternommen und sollte nun auf Sidi-Moussa büßen. Dieses Lager war gewissermaßen die Kloake der Dar-bel-Hamei. In ihr verschwand alles, was zu zäh zum Sterben war. Wir empfingen unsere Marschaurüstung und brachten die Nacht getrennt von den anderen Kameraden zu. Um 6 Uhr morgens wurden wir aus ruhelosem Schlummer aufgeschreckt. Das zu erreichende Camp lag ungefähr 17 Kilometer von der Zentrale entfernt.

Es gehörte einem ehemaligen Offizier des arabischen Epäherbureaus. Dieser hatte dieses Land für ein Spottgeld aufgekauft und hoffte nun, durch die Knochen der Gefangenen ein reicher Mann zu werden. Der Sergeant bekam für das Kilometer ausgerodeter Dumpalmen eine Gratifikation, und die Gefangenen mußten das Letzte hergeben, was in ihren Knochen saß. Die Dumpalme ist eine kleine Pflanze, die in der Erde eine riesige Wurzel hat, so daß das Land, auf dem sie wächst, wertlos ist, weil es nicht gepflügt werden kann.

Angetrieben von den Kolbenstößen der Senegalneger, langten wir gegen Mittag im Lager an. Jede Hoffnung, jede heimlich gehegte Absicht zur Flucht brach hier beim Anblick der riesigen Dornenhecken, die das Lager umgaben, zusammen. In der Mitte des Hofes stand Sergeant Panfard. Neugierig musterten seine Trinkeraugen unsere Schar. So ungefähr wie ein Schlächter seine Herde betrachtet. In der Ecke des Hofes befand sich ein Pfahl, an dem ein Franzose mit Händen und Füßen gefesselt stand. Eine Unmenge Fliegen umschwärmten diesen Unglücklichen, der mit röchelnder Stimme nach Wasser schrie. „Sa, du willst Wasser, das sollst du haben!“ Mit einer Bewegung nahm er einen Eimer



und goß dem Gefangenen den Inhalt über den Kopf. Dann in plötzlichem Zorn ausbrechend, schrie er: „Was steht ihr da und gafft? Marsch an die Arbeit!“ Zwei Senegalneger brachten uns zur Arbeitsstelle.

Die Gefangenen machten einen bejammernswerten Eindruck. Nur mit Fragmenten einer ehemaligen Kleidung behaftet, glichen sie eher Toten auf Urlaub denn Menschen. Hier erfuhren wir auch die Ursache der Quälerei, die sich der Sergeant mit dem Franzosen erlaubte. Dieser hatte, als er sich nicht mehr zu helfen wußte, den Sergeanten mit einer Gade bedroht. Nach Recht und Gesetz hätte der Sergeant nun einfach den Gefangenen niederknallen können. Aber was lag dem Sergeanten an einem toten Gefangenen. Ein Exempel mußte statuiert werden, das auf die anderen abschreckend wirkte. Deshalb hatte er den Armen an den Pfahl gefesselt und übergoß ihn, wenn er nach Wasser rief, mit Zuderwasser. Das bei einer Hitze von 65 Grad. Daher waren die unheimlichen Mengen Fliegen in seiner Nähe.

Gegen Abend erschien der Sergeant. Man hörte schon von weitem seine Stimme. Ein furchtbares Prausloswühlen begann jetzt. „Um Gotteswillen nicht auffallen“, flüsterte mein Nebenmann. Ein jeder mußte dem Sergeanten seine Würzein, die er aus der Erde gerodet hatte, zeigen. Bei der Fälligkeit beanstandete er die Portion als zu klein. Strafbar im Camp. Beim Heimmarsch wurde kein Wort geredet. Summ betrat jeder sein Zelt. Auf einen Pfiff der Sergeanten stürzte alles zur Küche, um das Essen in Empfang zu nehmen.

Die zur Strafarbeit Verurteilten bekamen nichts zu essen, sie mußten noch einige Stunden ungeschützten Kall sortieren. Da die meisten kein Schuhwerk ihr eigen nannten, so verursachte der Kall einen ungeheuren Schmerz. Doch Pardon gab es nicht. Mühsichtslos trieb der Sergeant die Leute

immer wieder in den Kall zurück. Die Schmerzen der Unglücklichen bereiteten ihm wahnsinnige Freude. Am schrecklichsten erging es denjenigen, die in Arrest kamen. Hier spielten sich wahre Tragödien ab. Wasser war etwas, was Panfard für seine Bestrafen nicht kannte. In einer langen Kette festgeschlossenen, lagen diese Bedauernswerten tagelang ohne jedes Raß. Die Sonne brannte unbarmherzig auf ihre Schädel hernieder. Aber Wasser gab es nicht. Von all den üblen Detachements, die von der Zentrale weggingen, erreichte Sidi-Moussa die höchste Sterblichkeitsziffer. Es gab in einem Jahre von einem 25 Mann starken Effektivbestand

Wenn der Golfstrom seinen Weg ändert ...

Der Golfstrom ist eine der merkwürdigsten Meeresströmungen und hat durch seinen erwärmenden Einfluß, der bis an die Küsten von Norwegen und Spitzbergen reicht, für Europa eine große Bedeutung. Sollte die Ablenkung seines Weges Tatsache sein, dann wird sich diese Änderung des Golfstromlaufes auch auf die Witterungsverhältnisse Nordeuropas auswirken. Vor wenigen Jahren konnte man in Amerika die Einwirkung einer warmen Meeresströmung auf Klima und Temperaturverhältnisse in so klarer Form beobachten, daß man heute bereits feste Anhaltspunkte über den Zusammenhang zwischen Meeresströmungen und Wetterverhältnissen besitzt. Am Anfang des Jahres 1925 wurde festgestellt, daß der heiße Äquatorstrom, der von der Südsee ausgeht und sich ungefähr bis in die Höhe der Bucht von Panama erstreckte, einen neuen Weg nahm, und zwar an der Westküste von Südamerika bei Ecuador und Peru entlang. Dadurch wurde in ganz kurzer Zeit eine völlige Umwandlung des Klimas hervorgerufen. Die Westküste von Südamerika war bis dahin kälter als der übrige Teil Amerikas und litt vor allen Dingen unter völligen Regenmangel, durch den die Gewinnung von Guano begünstigt wurde. Bei der Annäherung der heißen Äquatorströmung wurde darin eine Wandlung geschaffen. Bis zu diesem Zeitpunkt hatte der kalte Peru-Strom, der in der entgegengesetzten Richtung des Äquatorstroms fließt, den größten Einfluß auf die Wettergestaltung und die Wärmeverhältnisse dieses Küstenstrichs. Mit der Annäherung des heißen Äquatorstroms dagegen wurde die herrschende Macht des Peru-Stroms beseitigt, und ein ungeheurer Regen begann auf die unfruchtbare Gegend herniederzugehen.

Aber den Ursprung für das seltsame Vordringen des heißen Äquatorstroms kann man nur Vermutungen anstellen. Es ist aber anzunehmen, daß er in Verlagerungen zu suchen ist, die durch Erdbeben oder Seebeben hervorgerufen wurden. Vielleicht hängt auch die Änderung des Laufes des Golfstroms mit ähnlichen Einflüssen zusammen. Das erdbebenreiche Jahr 1928 dürfte als Urheber anzusehen sein, zumal die starken Beben, die den Meeresgrund betreffen, nicht so einwandfrei festgestellt werden können wie die Erdbeben in bewohnten Gegenden. Gewaltige Veränderungen des Meeresbodens, die vor mehreren Jahren nach den gewaltigen japanischen Erdbeben festgestellt wurden, zeigen, in welchem Umfange diese Umwälzungen auf die Gestaltung des Meeresbodens Einfluß haben. Nachrichten aus Oslo besagen, daß der Golfstrom nach Feststellungen während der Fahrt auf dem Atlantik an einer Stelle seine östliche Richtung in eine westliche gewandelt haben soll. Es ist nun die Frage, ob schon diese Kursänderung allein genügt, in Nordwesteuropa eine umwälzende Änderung des Klimas hervorzurufen. Wenn auch der Einfluß des Golfstroms nach Professor Diersche auf die Baum- und Getreidegrenze nicht zu verkennen ist, so wird doch die Änderung des Laufes keine Neugestaltung unseres Klimas bewirken können.

Andererseits verhält es sich mit der oben angeführten Änderung des Laufes des heißen Äquatorstroms, da dieser sich zum erstenmal den betroffenen Küsten näherte, und zwar auf eine verhältnismäßig so geringe Entfernung, daß die Umwälzung in den dortigen Witterungsverhältnissen verständlich ist. Bei dem Golfstrom sind Schwankungen nicht unbekannt, die sich ebenso auf die Wetterlage auswirken wie eine große Anzahl atmosphärischer und kosmischer Erscheinungen. In diesem stetigen Wechsel zeigt unser Klima aber doch ein starkes Beharrungsvermögen, wenn auch Ausschläge nach oben oder nach unten der Thermometerskala in den einzelnen Monaten vielfach zu beobachten sind. So kann man erwarten, daß die mittleren Durchschnittswerte für Wärme und Klima dieses Jahres trotz der sehr strengen Wintermonate von dem normalen Mittel weniger stark abweichen werden, als wir augenblicklich unter dem Einfluß der langen Kälte anzunehmen gewohnt sind. Es gibt übrigens auch Stimmen, die einen sehr starken Einfluß des Golfstroms auf unser Wetter leugnen, da durch den abkühlenden Einfluß der Luft der tatsächlich festgestellte mittlere Überschuß der Meeres-temperatur über die der Luft an den Küsten von Schottland kaum durch den Golfstrom hervorgerufen werden kann. Die neuere Wissenschaft allerdings teilt diesen Standpunkt nicht. Man hält den Golfstrom für die Ursache anomaler Wärme.

Merke! Humor.

Unglück im Glück. „Kopf hoch, in 14 Tagen hast du deine frühere Braut verzaubert.“ „Leider nicht. Alle Geschenke sind auf Abzahlung gekauft!“

Kindermund. Das neu geborene Brüderchen schreit mal wieder ohne Unterlaß. Verdrießlich äußert der Vierjährige zur Mutter: „Ich weiß wohl, warum Brüderchen vom Himmel gekommen ist — den haben sie rausgeschmissen!“

Auffalcher Fährte. In der Religionsstunde fragt der Lehrer: „Aldolf, was war Paulus?“ „Paulus war ein A...?“ Der Lehrer versucht nachzuhelfen: „Paulus war ein A...po...?“ Da pläht Aldolf heraus: „Paulus war ein Apotheker, Herr Lehrer.“

Vorfrühling

Frühlingssonne hat die Welt vergoldet,
enge Höfe leuchten auf.

Was das Regengrau noch düster machte,
lächelt nun, als ob es sorglos wäre.

Greifshäupter, faltenstarr verwitert,
neigen dankbar sich der Sonne zu;
Licht preßt Tränen aus den matten Augen
von der Glut des Lebend fast verzehrt.

Alte Bäume auf den freien Plätzen,
unbelaubt noch, nachts gespenstergrau,
saugen tödlich warme Sonnenkraft,
ihre Zweige funteln hell kristallen.

Sinkt die Sonne, malt sie Feueraugen
in die Häuser, drin die Alten fröhelnd
an die Öfen klettern. Himmel scheint zu glühn
im Abendrot der Erde...

Welt ist alt und kalt.
Aufzucht blaßes Licht der Lampen,
und in Nacht ertrinkt das schöne Bild.

Julius Zerfass

40 Tote und über 300 Kranke, die in den Spitätern ein kümmerliches Dasein fristeten. Unglaublich. Aber verständlich, wenn man bedenkt, das alle 14 Tage ein Nachschub von 15 bis 20 Mann kam. Ein gewaltiges Auflehnen gegen dieses Regiment konnte es nicht geben. Denn bei der geringsten Rebellion senkte sich der Lauf des Gewehres, das der Negier führte, nieder. Ohne mit der Wimper zu zucken, hätte so ein schwarzes Scheusal sämtliche Insassen des Lagers abgetnallt, wenn es der Sergeant befohlen hätte.

Die Szenen, die sich bei der Arbeit abspielten, überboten selbst die Höllenphantasien eines Dante. Die Leute starben, wo sie gingen und standen. Fast alle an der Dysenterie.



Es war ekelhaft, so einen Gestorbenen zu beerdigen. Der Körper war vollkommen ausgemergelt. Die Augen starrten halb gebrochen zum Himmel, als wollten sie noch im Tode fragen: „Warum mußte ich so sterben?“ Ja warum? Weil ich in meiner Heimat aus Not nicht zum Verbrecher werden wollte, weil ich in einer schwachen Stunde vergessen habe, daß es eines Menschen unwürdig ist, sein Bestes, die Freiheit, zu verkaufen, darum mußte ich so enden...

Wie lange wird noch die Schande der Fremdenlegion riskieren? Wie lange wird es Arbeiter geben, die so dumm sind, sich und ihre Knochen einer Nacht zu verkaufen, die nichts anderes bezweckt, als sich für ein paar Franz die Kustanen aus dem Feuer holen zu lassen? Die ihre Sünder wegwerft wie ein Stück altes Eisen, das seine Dienste getan hat. Wie lange? Wann wird der Wanderbursch endlich einmal begreifen, daß der Zauber des Orients nicht für seine Augen bestimmt ist! Denn seine Heimat wird die Wüste sein. Die Wüste und das Vagnol. Ich habe in mancher Stunde mein Schicksal verflucht. Für eine Ohrfeige, die ich einem betrunkenen Sergeanten verabreichte, mußte ich zehn Jahre Zwangsarbeit verrichten.

